



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

38. Jahrgang

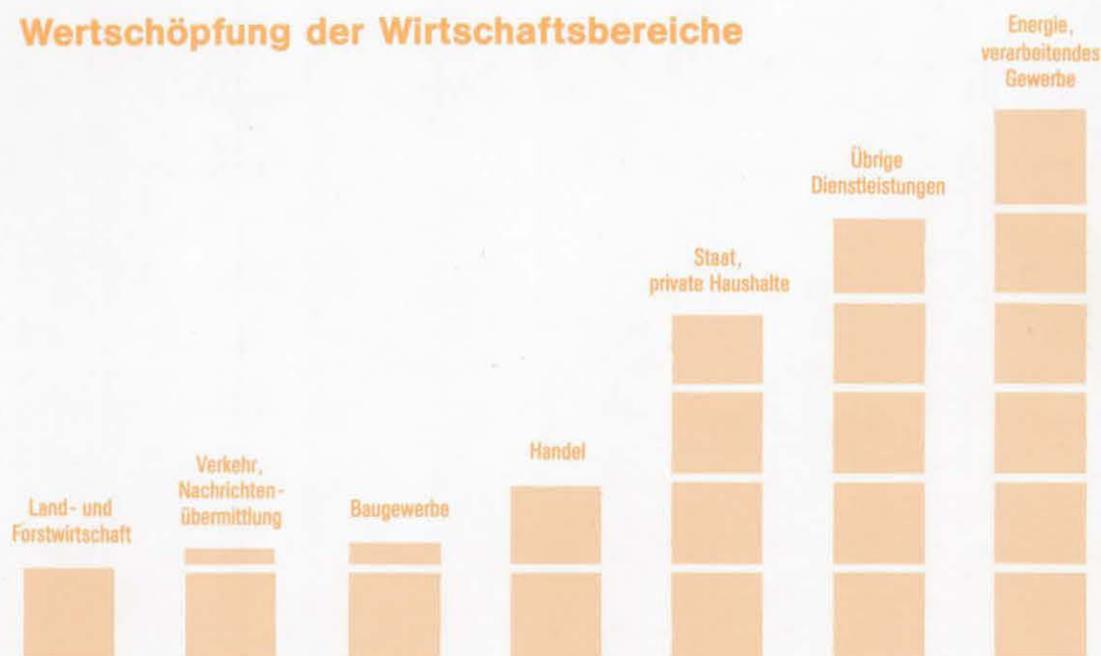
Heft 2

Februar 1986

Grafik des Monats: Wasser und Abwasser
Aufsätze: Staatsverbrauch
Vermögensbildung der Haushalte
Kurzberichte: Studenten WS 85/86
Viehbestände

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		November 1985		Januar bis November 1985	
Beschäftigte	1000	167	- 0,1	166	+ 0,8
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	17	- 4,7	16	- 1,2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	686	+ 2,5	533	+ 4,1
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 100	- 1,8	3 036	+ 1,4
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 444	- 3,1	2 382	+ 2,3
Auslandsumsatz	Mill. DM	656	+ 3,2	654	- 1,7
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 732	+ 7,2	1 729	+ 5,8
aus dem Inland	Mill. DM	1 198	+ 5,3	1 155	+ 1,2
aus dem Ausland	Mill. DM	534	+ 12,0	574	+ 16,7
Energieverbrauch	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1000	41	- 8,6	41	- 12,9
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	4	- 16,5	4	- 18,6
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	149	- 15,8	106	- 18,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	402	- 13,5	311	- 11,1
Auftragseingang ³	Mill. DM	183	+ 14,6	199	- 8,1
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	591	- 36,8	712	- 29,4
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	375	+ 19,8	412	+ 3,0
Einzelhandel					
		Oktober 1985		Januar bis Oktober 1985	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 = 100	112,7	+ 3,5	108,2	+ 1,2
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 = 100	101,7	+ 5,6	110,8	- 0,2
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1000	249	+ 10,7	273	+ 4,7
Übernachtungen	1000	1 057	+ 6,4	1 550	+ 0,0
Arbeitsmarkt					
		November 1985		Januar bis November 1985	
Arbeitslose	Anzahl	118 297	+ 6,9	117 059	+ 7,8
Ausfuhr					
		Oktober 1985		Januar bis Oktober 1985	
Ausfuhr	Mill. DM	829,1	- 39,2	834,8	+ 0,3
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	829,0	- 37,6	795,8	- 2,1
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 722	+ 1,3	9 678	+ 2,6
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	44 063	+ 5,0	43 227	+ 5,2

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze) 6) an inländische Unternehmen und Private 7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 2/86

	Seite
Aktuelle Auslese	23
Aufsätze	
Die statistische Abgrenzung des Staatsverbrauchs	24
Die Ersparnisbildung in ausgewählten Vermögensformen	32
Kurzberichte	
Studenten im Wintersemester 1985/86	37
Rinder- und Schweinebestände im Dezember 1985	38
Grafik des Monats	30
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild B	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 8/1985

Vermögensteuer
Quo vadis Hochschulstatistik?
Studenten im SS 1985

Heft 9/1985

Bruttowertschöpfung in den Kreisen
Fremdenverkehr
Investitionen für Umweltschutz

Heft 10/1985

Milchgarantiemengenregelung
Realsteuervergleich 1984
Einbürgerungen
Verarbeitendes Gewerbe
Straßenverkehrsunfälle

Heft 11/12-1985

Rinderhaltung
Bodennutzung 1985
Ernte 1985

Heft 1/1986

Krankenhauspatientenstatistik
Schulstatistik 1985/86

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seit
Gesundheitswesen	
Krankenhauspatientenstatistik	1/4
Bildung und Kultur	
Schulstatistik 1985/86	1/17



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

38. Jahrgang

Heft 2

Februar 1986

Aktuelle Auslese

Trend zu kleineren Betrieben im Bauhauptgewerbe hält an

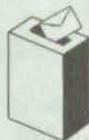


Die Totalerhebung zum 30. Juni 1985 gibt ein deutliches Bild des Konjunkturtiefs im schleswig-holsteinischen Bauhauptgewerbe. Innerhalb eines Jahres schrumpfte die Beschäftigtenzahl um 13 % auf 42 130, also auf eine Höhe der frühen fünfziger Jahre.

Gleichzeitig veränderten sich auch die Betriebs- und Personalstruktur. Zum 30. Juni 1985 zählte man 3 096 Betriebe, 1,4 % weniger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Betriebe ab 20 Personen ging um 12 % auf 501 Betriebe mit nur noch 26 181 Beschäftigten (- 18 %) zurück. Dagegen nahm die Zahl der Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten um 25 leicht zu. Im Bereich dieser jetzt 2 594 Kleinbetriebe hielt sich der Personalabbau in Grenzen (- 4 %).

Die Gruppe der technischen und kaufmännischen Angestellten und deren Auszubildende nahm mit - 8 % gegenüber dem allgemeinen Personalabbau von 13 % unterdurchschnittlich ab. Höhere Freisetzungsraten weisen dagegen die Fachkräfte auf (Maurer - 20 %, Betonbauer - 31 %, Zimmerer - 22 %). Der Rückgang der Fachwerker lag mit - 14 % etwa im Durchschnitt.

Fast 13 000 Vertreter sind zu wählen



Bei der Kommunalwahl am 2. März 1986 sind für die Kreis- und Gemeindevertretungen 12 969 Vertreter zu wählen, und zwar 184 in den kreis-

freien Städten, 507 in den Kreisen und 12 278 in den kreisangehörigen Gemeinden. Ihre Zahl kann sich noch durch Mehr- und weitere Sitze erhöhen. Bei der letzten Kommunalwahl sind dadurch letztlich 13 092 anstelle von 12 981, also 111 mehr, gewählt worden.

Von den 12 969 Vertretern sind 7 114 als unmittelbare und 5 855 als Listenvertreter zu wählen.

In 27 Gemeinden mit weniger als 70 Einwohnern wird keine Gemeindevertretung gewählt. An ihre Stelle tritt die Gemeindeversammlung.

Patienten in Krankenhäusern



1984 sind in den 126 Krankenhäusern Schleswig-Holsteins an 416 000 Patienten 8,3 Mill. Pflage tage erbracht worden. Die durchschnittliche Verweildauer errechnet sich mit 20,9 Tagen. Sie betrug für Akutkranke 12,8 Tage, für Nicht-Akutkranke (d. i. Neurologie, Kuren, Rehabilitationen, Suchtkranke, jedoch ohne Psychiatrie) 32,5 Tage und in der Psychiatrie (einschl. Heil- und Pflegeanstalten) 187 Tage. Die geleisteten Pflage tage verteilen sich auf diese drei Kategorien der Zweckbestimmung deutlich anders als die Patienten. In Akut-Betten lagen 83 % der Kranken mit 51 % der Pflage tage, in Nicht-Akut-Betten 14 % der Kranken mit 21 % der Pflage tage und in Psychiatrie-Betten 3 % der Kranken mit 28 % aller Pflage tage. Die 14 332 Akut-Betten waren zu 82 % ausgelastet, die 5 603 Nicht-Akut-Betten zu 87 % und die 6 751 Psychiatrie-Betten zu 93 %. Insgesamt errechnet sich eine durchschnittliche Auslastung von 85 %.

Die statistische Abgrenzung des Staatsverbrauchs

Kaum eine Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist in so hohem Maße definitionsbedürftig wie der Staatsverbrauch. Es spielen nicht nur Abgrenzungsprobleme des Sektors Staat eine Rolle, sondern auch die Fragen, inwieweit man die staatlichen Leistungen den Investitionen, den Vorleistungen der Unternehmen oder gar dem privaten Konsum zurechnen muß. Auf diese definitorischen Probleme wird im ersten Teil des Aufsatzes eingegangen. Hauptthema bildet aber die Regionalisierung des Staatsverbrauchs, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder wegen der überregionalen Aktivität zentralstaatlicher Instanzen von besonderer Bedeutung ist. Die beim Sektor Staat ebenfalls zu beachtenden Besonderheiten der preislichen Produktionsbewertung und der Deflationierung werden nicht näher beleuchtet.

Wo liegen die sektoralen Grenzen?

Da die Gesamtergebnisse u. a. zu interregionalen Vergleichen herangezogen werden, orientiert sich die Definition des Staates in den VGR des Statistischen Bundesamtes¹ an internationalen Systematiken:

Der Sektor Staat umfaßt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen alle Institutionen, deren Aufgabe überwiegend darin besteht, Dienstleistungen eigener Art für die Allgemeinheit zu erbringen, und die sich hauptsächlich aus Zwangsabgaben finanzieren. Über den Staat vollzieht sich der überwiegende Teil der Einkommensumverteilung in der Volkswirtschaft. Zum Staat zählen die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. In deren Eigentum befindliche Unternehmen rechnen, unabhängig von ihrer Rechtsform, nicht zum Sektor Staat; sie werden im Unternehmenssektor nachgewiesen.

Zu den Gebietskörperschaften gehören der Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, die Länder einschließlich Stadtstaaten sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks- und Landschaftsverbände usw.) einschließlich der kommunalen Zweckverbände. Nicht ein-

geschlossen sind die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein und die Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung (früher Einfuhr- und Vorratsstelle). Der Teilsektor Sozialversicherung umfaßt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung, die Altershilfe für Landwirte, Zusatzversorgungseinrichtungen für Angestellte und Arbeiter des Bundes, der Länder, der Gemeinden und anderer öffentlicher Körperschaften, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung.

Der Staat ist in den VGR also keineswegs identisch mit dem „öffentlichen Dienst“, denn Bahn und Post wie auch andere Staatsunternehmen zählen zum Sektor Unternehmen.

Es wäre ohne weiteres denkbar, dem Staatssektor auch einige „parafiskalische“² Einrichtungen hinzuzurechnen. Denn wenn es nicht Kirchen, Wohlfahrtsorganisationen, Stiftungen, Vereine, Parteien, Gewerkschaften u. ä. gäbe, müßte der Staat dort stärker aktiv werden, wo er sich nach dem Subsidiaritätsprinzip zurückhält. Umgekehrt haben allerdings auch die Leistungen der sog. Organisationen ohne Erwerbszweck auch andere als Staatsverbrauchselemente, nämlich solche des privaten Verbrauchs. Daher ist die komplette institutionelle Zuordnung dieser Einrichtungen zum Sektor Staat nicht sinnvoll. Es wäre aber vertretbar, den nicht verkauften Teil des Produktionswerts, also den Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbszweck zu einem allerdings quantifizierungsbedürftigen Teil als Quasi-Staatsverbrauch auszuweisen.

Was „verbraucht“ der Staat?

Dem Staat werden von der Gesellschaft Aufgaben zugewiesen. Er hat Einnahmen und Ausgaben, wobei die Einnahmen nicht nur zwangsweise entstehen. Im Wirtschaftskreislauf tritt er als Produzent, als Investor und als Konsument auf. Als Produzent staatlicher Leistun-

¹ Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe S. 6, Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

² Vesper, D., Entwicklung und Struktur des Staatsverbrauchs 1961 bis 1974, in: DIW (Hrsg.), Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1977, S. 35

gen kauft er auch von anderen und verkauft (Gebühren und Beiträge) an andere Sektoren. Wenn man von der Aufgabendeterminierung absieht, liegt der Unterschied zum Unternehmenssektor zunächst nur darin, daß der Staat seine Produktion zu einem bedeutenden Teil ohne direktes Entgelt abgibt oder, anders ausgedrückt, selbst verbraucht. Die Bedeutung des Staates für die Volkswirtschaft erschöpft sich allerdings nicht in seiner Rolle als Wirtschaftssubjekt, sondern zu ihr gehören auch die mittelbaren Auswirkungen, die er durch Gestaltung der Rahmenbedingungen erzielt. Dazu zählen insbesondere auch Normen für die Transaktionen, die sich primär in der Umverteilungsrechnung der VGR niederschlagen.

Die Käufe und Verkäufe staatlicher Produktion finden in nicht unbeträchtlichem Umfang auch zwischen den Teilsystemen, insbesondere zwischen den Krankenhäusern der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung statt. Der Staatsverbrauch ist definiert als Produktionswert des Staates abzüglich Verkäufe von Verwaltungsleistungen, wobei beim Staat die Besonderheit gilt, daß der Produktionswert zum fiktiven Marktpreis erst additiv ermittelt werden muß:

Staatliche Personalausgaben*	}	Entstehungsrechnung
+ Abschreibungen		
+ Produktionssteuern		
= Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen	}	Verwendungsrechnung
+ Käufe für die laufende Produktion		
= Produktionswert		
- Verkäufe von Verwaltungsleistungen	}	Verwendungsrechnung
= Staatsverbrauch		

*) ohne Löhne und Gehälter für selbsterstellte Angaben

Die in dem Schema verwendeten Oberbegriffe „Entstehungsrechnung“ und „Verwendungsrechnung“ charakterisieren Teilsysteme der VGR. Der Staatsverbrauch ist also Bestandteil der Verwendungsrechnung. Er bildet mit den (privaten und staatlichen) Anlageinvestitionen, mit dem privaten Verbrauch und in der Länderrechnung mit dem sog. „Restposten“ das Bruttosozialprodukt. Die Abgrenzung des Staatsverbrauchs ist gegenüber allen anderen genannten Komponenten der Verwendungsrechnung in hohem Maße methodenabhängig, d. h. andere Definitionen als die gewählten wären hier durchaus zu vertreten:

- Viele Güter und Dienste, die den privaten Haushalten direkt zugute kommen, werden vom Staat zur Verfügung gestellt. Diese individuell zurechenbaren Leistungen wie z. B. im Unterrichts- und Schulwesen und im sozialen Bereich werden in internatio-

nal uneinheitlichem Umfang vom Staat erbracht. Es gibt deshalb Bestrebungen, durch eine tiefere Gliederung nach Aufgabenbereichen die Ausgaben des Staates in kollektive und individuell zurechenbare zu trennen, um so nach entsprechenden Umgruppierungen die internationale Vergleichbarkeit der Zahlen über den privaten und gleichzeitig den Staatsverbrauch zu verbessern.³

- Der Staat gibt seine unentgeltlichen Leistungen nicht nur an private Haushalte, sondern auch an Unternehmen ab. Wollte man dem durch eine Umbuchung (Verminderung) des Staatsverbrauchs Rechnung tragen, dann würden sich auf dem Produktionskonto der Unternehmen die Vorleistungen erhöhen. Dabei stünde man buchungstechnisch wie definitorisch am Scheideweg: Unterstellt man eine Überwälzung der fiktiven Kosten auf die Preise, dann würde sich wertschöpfungsneutral auch der Produktionswert der Unternehmen erhöhen, und beim Übergang auf die Verwendungsrechnung würde sich das auch in deren Komponenten als Ergebnis der Überwälzung erhöhend niederschlagen, und zwar anteilig auch im Staatsverbrauch (Käufe von Unternehmen). Das Bruttosozialprodukt insgesamt wäre unverändert.

Sieht man dagegen die durch die staatliche Aktivität entstandenen externen Effekte bei den Unternehmen als fiktive Vorleistungen ohne Preisüberwälzung, dann wäre die Bruttowertschöpfung der Unternehmen in dieser Höhe kleiner, ebenso das Bruttosozialprodukt.⁴

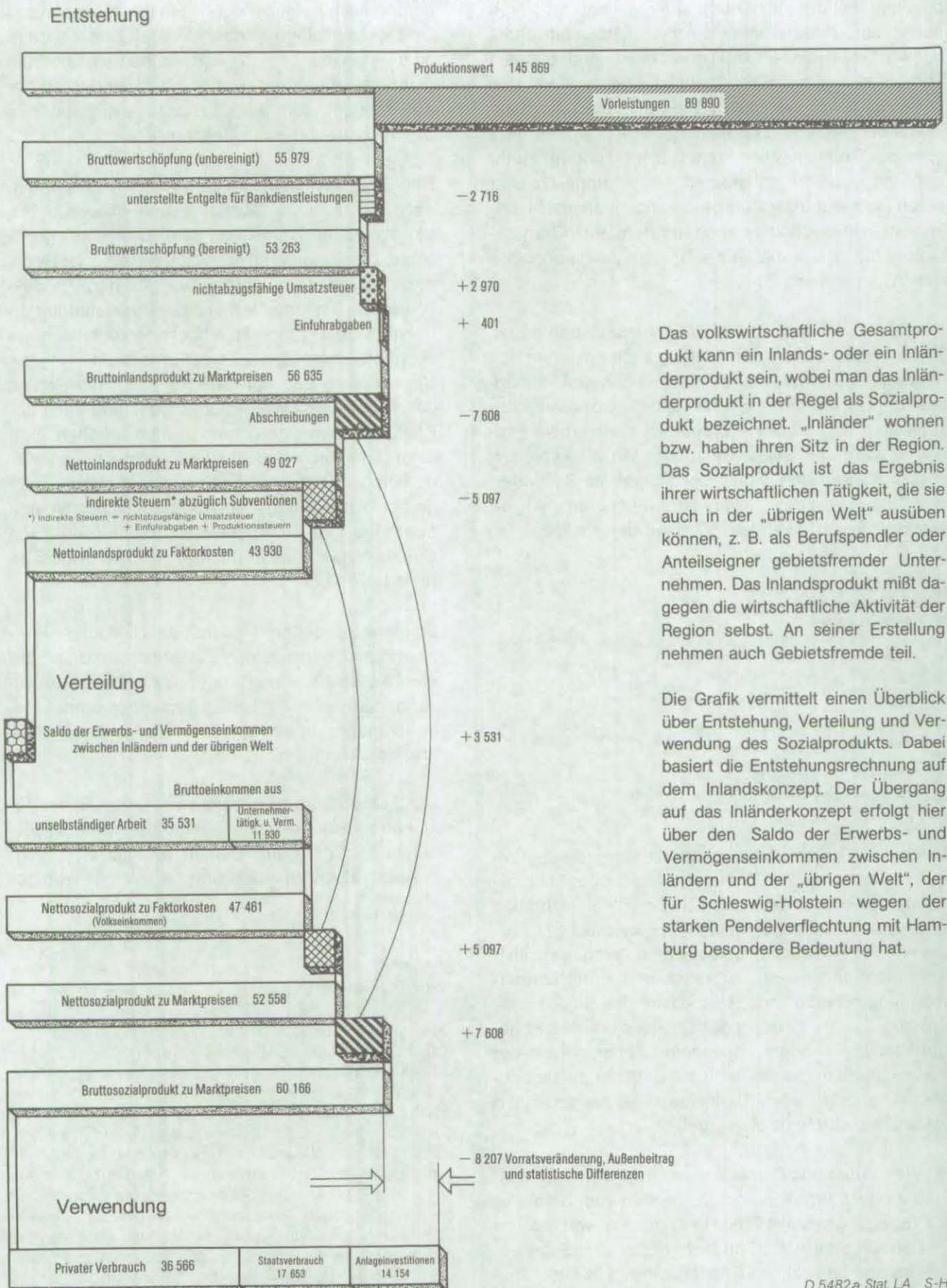
- Der Erwerb von dauerhaften militärischen Ausrüstungen für die eigenen Streitkräfte sowie die Errichtung militärischer Bauten ist internationalem Brauch zufolge Staatsverbrauch, d. h. es wird so-

³ Kopsch, G., Staatsverbrauch nach dem Ausgaben- und dem Verbrauchskonzept, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 4/1984

⁴ Den Fall, daß das Sozialprodukt buchtechnisch sogar größer wird, gibt es bei der Berücksichtigung externer Effekte, die nicht durch Umdefinition des Staatsverbrauchs, sondern z. B. aus dem Verzehr von Umwelt abgeleitet werden: Hier ergäbe sich bei entsprechendem Kostenansatz auf den Produktionskonten der Unternehmen und bei fiktiver Preisüberwälzung ein gestiegenes Sozialprodukt. Ohne die Überwälzungshypothese wäre es unverändert. Allerdings gilt beides nur für den Bruttowert des Sozialprodukts, der ex definitione die Abschreibungen — als solche müßte man den Umweltverzehr wohl auffassen — noch enthält. Auch wenn man die Abschreibungsansätze für den Staat verändert, nimmt in gleicher Höhe das Bruttosozialprodukt zu bzw. ab

Sozialprodukt in Schleswig-Holstein 1982

in Millionen DM



Das volkswirtschaftliche Gesamtprodukt kann ein Inlands- oder ein Inländerprodukt sein, wobei man das Inländerprodukt in der Regel als Sozialprodukt bezeichnet. „Inländer“ wohnen bzw. haben ihren Sitz in der Region. Das Sozialprodukt ist das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, die sie auch in der „übrigen Welt“ ausüben können, z. B. als Berufspendler oder Anteilseigner gebietsfremder Unternehmen. Das Inlandsprodukt mißt dagegen die wirtschaftliche Aktivität der Region selbst. An seiner Erstellung nehmen auch Gebietsfremde teil.

Die Grafik vermittelt einen Überblick über Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts. Dabei basiert die Entstehungsrechnung auf dem Inlandsprodukt. Der Übergang auf das Inländerprodukt erfolgt hier über den Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der „übrigen Welt“, der für Schleswig-Holstein wegen der starken Pendelverflechtung mit Hamburg besondere Bedeutung hat.

D 5482a Stat. LA S-H

fort voll abgeschrieben. Zu den Abschreibungen, deren Höhe und Zusammensetzungen direkt von den staatlichen Investitionen abhängen und die Staatsverbrauch darstellen, ist als Besonderheit zu bemerken, daß die Verkehrsbauten des Staates nicht abgeschrieben werden, weil ihre Nutzungsdauer nur schwer bestimmbar ist. Auch dies entspricht internationalem Brauch.

- Der Restposten ist, wie noch zu zeigen sein wird, in seiner Höhe in besonderem Maße davon abhängig, wie der Staatsverbrauch regionalisiert wird. Er umfaßt den Außenbeitrag, die Vorratsveränderungen und die statistische Differenz. In den VGR für die Bundesländer wird er nur zusammengefaßt veröffentlicht, weil insbesondere über den Außenbeitrag keine gesicherten Aussagen möglich sind. Daß für Schleswig-Holstein wie auch für die meisten anderen Bundesländer der Restposten einen so hohen und z. T. negativen Wert hat, liegt aber auch an den interregionalen Überwälzungsprozessen bei den Verbrauchssteuern, die am Produktionsort erhoben werden und dort also das Sozialprodukt in dem Maße „aufblähen“, in dem sie über den im privaten Konsum der Inländer enthaltenen Verbrauchsteuern hinausgehen. Der Außenbeitrag besteht — negativ oder positiv — in erheblichem Umfang aus solchen Steuern (auf Mineralöl, Spirituosen, Tabak usw.), die Bestandteil der Marktpreise und damit des Brutto-sozialprodukts sind.

Weitere, teils ausführlichere Darstellungen zur Berechnungs- und Abgrenzungsmethode des Staatsverbrauchs gibt es in Heft 9/1984 dieser Zeitschrift, in Heft 13 der Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Landesämter⁵, und bei D. Vesper (a.a.O.). Vesper weist auch darauf hin, daß der Begriff „Staatsverbrauch“ dann in die Irre leitet, wenn man der Auffassung ist, daß der Staat keine „eigenen“ Bedürfnisse entwickeln kann. Die entgegengesetzte Position, wonach alle öffentlichen Ausgaben investiven Charakter haben, ließe sich ebenso vertreten, sei aber wenig praktikabel, auch wenn die Kosten für staatliches Personal im Bildungs-, im Forschungs-, im Gesundheits- und im Sozialbereich durchaus als Investition angesehen werden könnten. Nach allgemeiner Auffassung fallen nahezu ausnahmslos alle Personalkosten unter den Begriff des öffentlichen Verbrauchs. Entstehung und Verbrauch von Humankapital - ebenso auch anderer

nicht marktbestimmter Ressourcenverzehr wie Hausfrauenarbeit, Schwarzarbeit oder Umweltschäden - werden in den amtlichen VGR (noch) nicht nachgewiesen.

Vesper hält es in diesem Zusammenhang für konsequenter, den Begriff „Staatsverbrauch“ durch jenen des „Realtransfers“ zu ersetzen, denn dann würde deutlich, daß der anonyme Staat nicht als Verwender auftritt, sondern als Organisator eines Teils der individuellen Nachfrage.

Wie wird der Staatsverbrauch regionalisiert?

Die aufgezeigten definitorischen Probleme machen deutlich, daß man in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion die VGR-Größe Staatsverbrauch und daraus abgeleitete Begriffe wie „Staatsquote“ o. ä. äußerst vorsichtig verwenden muß. In noch höherem Maße gilt das für VGR-Ergebnisse, die für Regionen unterhalb der nationalen (zentralstaatlichen) Ebene ermittelt werden, in der Bundesrepublik Deutschland also für Länder, Kreise und nichtadministrative Gebietseinheiten.

Der Arbeitskreis VGR der Länder ermittelt den Staatsverbrauch laufend jährlich für die Bundesländer. Er lehnt sich dabei — wie auch in allen anderen Bereichen der VGR — weitestmöglich an die Methoden der nationalen VGR des Statistischen Bundesamtes an. Hinsichtlich der Aufgliederung in die Teilsektoren und der Rechenweise gibt es keine, hinsichtlich der Datenquellen gibt es kaum Unterschiede. Erwähnenswert ist allenfalls, daß in der Länderrechnung noch die sog. „Kordinierung“ nötig ist, d. h. die Differenz der Ländersumme zum Bundesansatz minus Berlin, das seine Werte eigenständig rechnet, muß anteilig auf die Länder verteilt werden, damit die Summe der Regionaleinheiten dem Bundeswert entspricht.

Da der Staatsverbrauch unmittelbar aus dem Produktionswert des Staates abgeleitet wird, wird er in der Länderrechnung ebenso regionalisiert, d. h. die vom Staat „verbrauchte“ Leistung wird regional dort nachgewiesen, wo sie auch entstanden ist. Das bedeutet, daß die zentralstaatliche Komponente in den Bundesländern unterschiedlich stark zu Buche schlägt. Es gibt zwar eine regionale Streuung der Bundesbehörden, die sogar politisch beabsichtigt ist. Insbesondere aber im Verteidigungsbereich und bei der Sozialversicherung sind die staatlichen Aktivitäten regional gebündelt. Die Anteile des Staatsverbrauchs am Sozialprodukt sind in

⁵ Ullrich, A., Zielkonflikte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Heft 13, Stuttgart 1984

den Ländern daher sehr unterschiedlich ausgeprägt. Sie lagen 1982 zwischen 17 % in Hamburg und 29 % in Schleswig-Holstein. Das nördlichste Bundesland ist überproportional häufig militärischer Standort.

Es liegt auf der Hand, daß man aus so regionalisiertem Staatsverbrauch nicht schließen darf, daß z. B. die Einwohner Schleswig-Holsteins sich in höherem Maße vom Staat Leistungen erbringen lassen als die Einwohner anderer Regionen. Gerade die Sicherheitsleistungen gehören unstrittig zu den kollektiven, sie kommen allen Bundesbürgern zugute. Die am Produktionsort orientierte Größe des Staatsverbrauchs sagt vielmehr aus, in welchem Umfang die in der Region erstellten Güter und Dienste von staatlichen Nachfragern beansprucht wurden oder, anders ausgedrückt, inwieweit es der Region gelungen ist, die Produktion von Leistungen für den staatlichen Verbrauch an sich zu ziehen.

Aus dieser Art der Regionalisierung erklärt sich z. T. auch der bereits angesprochene hohe negative Restposten der Verwendungsrechnung für Schleswig-Holstein und für einige andere Bundesländer: Der Sektor Staat ist u. a. dadurch gekennzeichnet, daß der Marktwert seiner Exporte Null ist, denn seine Leistungen gibt er auch an gebietsfremde Nutznießer nahezu völlig unentgeltlich ab. Seine Vorleistungen für die laufende Produktion — Büromaterialien, Brennstoffe, Energie, Reinigungsdienste usw., insbesondere aber Rüstungsgüter — muß er zu einem erheblichen Teil und zum vollen Marktpreis bei Gebietsfremden kaufen.

Auch die Käufe der zentralstaatlichen Ebenen Bund und Sozialversicherung sind danach regionalisiert, wo sie als Vorprodukt in die staatliche Leistung eingehen. Auch sie müssen z. T. als Import gesehen werden. Der Außenbeitrag des Sektors Staat wäre, wenn man ihn isoliert berechnen könnte, schon für das Bundesgebiet insgesamt negativ. In der Summe der Länder ist der Wert der Importe des Staats noch weitaus höher, weil dann die Käufe in anderen Bundesländern dazu zählen. In der Verwendungsrechnung für die Länder stellt der Restposten, der u. a. den Außenbeitrag enthält, also eine Art Kompensat dar: Hoher Staatsverbrauch, insbesondere wenn er zu einem erheblichen Teil aus Verteidigungsleistungen besteht, geht mit einem ceteris paribus hohen negativen Restposten einher. Das Brutto sozialprodukt bleibt somit gegenüber dem in der Entstehungsrechnung ermittelten unverändert.

Die beschriebene Vorgehensweise entspricht, wenn man von der Besonderheit der Bewertung staatlicher Leistung absieht (Produktionskostenansatz), insofern

dem Marktpreiskonzept, als die an Gebietsfremde abgegebene Leistung wegen ihres Marktwertes Null auch zu keinerlei Abzugsposition bei der Ermittlung des Staatsverbrauchs führt. Dennoch ist die am Produktionsort orientierte Regionalisierung des Staatsverbrauchs nicht völlig befriedigend. Im Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder gab es daher auch Überlegungen, auf die regionale Aufteilung der zentralstaatlichen Aktivität völlig zu verzichten und diese Werte statt dessen einem fiktiven zwölften Bundesland zuzuweisen, doch wurde dieser Gedanke bisher stets verworfen, weil dann die Möglichkeit entfiel, für die einzelnen Länder vollständige Gesamtrechnungen zu erstellen.

Gibt es eine stärker verbrauchsorientierte Lösung?

Nun wäre es ja denkbar, sich speziell für die Ermittlung des Staatsverbrauchs vom Marktpreiskonzept zu lösen, um nicht den in der Region produzierten, sondern den in der Region verwendeten Staatsverbrauch nachzuweisen. Dazu müßte also der Saldo berücksichtigt werden aus der „Einfuhr“ staatlicher Leistungen aus anderen Regionen und aus der entsprechenden „Ausfuhr“ in andere Regionen, und zwar jeweils zum vollen Ansatz des Produktionswertes. Gegen eine solche Methode wäre aber einzuwenden,

- daß bei Nachweis von regionalen Austauschsaldo staatlicher Leistungen auch politische Annahmen über die Nutzung dieser Leistungen zu treffen wären, die teils brisanter Natur sind, so z. B. die Frage, ob und in welcher Höhe man den Bereich Bund-Verteidigung auch auf Berlin verteilen will. Im übrigen gibt es bei der Sicherheit wie bei anderen Aufgabenbereichen auch einen internationalen Leistungsaustausch, dessen Saldo man ebenfalls berücksichtigen müßte.
- daß dann der Sektor Staat in der Verwendungsrechnung uneinheitlich regionalisiert würde, denn die staatlichen wie übrigens auch die privaten Investitionen werden nach dem Standort/Betriebsort regionalisiert. Auch hier könnte man dann konsequenterweise fordern, daß z. B. ein neues Bürogebäude des Kraftfahrtbundesamtes in Flensburg nicht als Investition des Bundes in Schleswig-Holstein nachgewiesen wird, sondern etwa nach der Anzahl der Kfz-Halter auf die Länder aufzuteilen sei.
- daß man dann auch bald in Zugzwang käme, andere nicht marktbestimmte Leistungen nachzuweisen.

- daß solche Salden schwer zu bestimmen sind. Man hätte den kaum zu erklärenden Gegensatz, daß man über den Außenbeitrag, also über die Differenz der marktmäßig abgewickelten Ex- und Importe von Gütern und Diensten, keine gesicherte Aussage treffen kann, über einen demgegenüber relativ unbedeutenden und zudem schwer zu bewertenden anderen Teil der ökonomischen Außenbeziehungen aber konkrete Zahlen hat.

Die Quantifizierungsprobleme wären unüberwindlich. Es wäre allenfalls denkbar, den Staatsverbrauch nur überschlägig auf die Regionen zu verteilen. Allein unter dieser Prämisse dürfte wohl der Gedanke einer verbrauchsorientierten Regionalisierung des Staatsverbrauchs näher verfolgt werden. Dazu sollen im folgenden Betrachtungen angestellt werden, inwieweit eine solche Pauschalverteilung durchführbar und sinnvoll ist.

Man sollte sich bei dieser Form der Regionalverteilung der staatlichen Leistungen nur auf diejenigen beschränken, die unmittelbar den privaten Haushalten zugute kommen. Was die Unternehmen als unentgeltliche Vorleistung vom Staat empfangen, z. B. im Verkehrs- oder im Sicherheitswesen, ist demgegenüber vergleichsweise klein, wäre auch in seiner Überwälzung (über Gewinne oder über die Produkte?) zu berücksichtigen und wäre auch nur interessant, wenn es letztlich zu anderen Regionalverteilungen käme als nach der der privaten Haushalte.

Bei den Bereichen Bund und Sozialversicherungen spielen interregionale Leistungen eine große Rolle. Eine pauschal auf die Regionen gleichverteilte zentralstaatliche Leistung wäre hier keine vereinfachende Annahme, sondern könnte sogar politische Zielvorgabe im Sinne der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse sein. Wenn man diese Bereiche pauschal verbrauchsorientiert schlüsseln wollte, dann sollte das nach Maßgabe der Wohnbevölkerung geschehen. Für den Bereich Sozialversicherung mag es auch andere denkbare Schlüssel geben wie z. B. die Versicherten. Daß sich Wohnbevölkerung und z. B. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die für diese Fragestellung nach dem Wohnort regionalisiert sein müßten, auf die Bundesländer etwa gleich verteilen, läßt sich mangels geeigneter Daten nicht mit hinreichender Signifikanz beweisen, aber auch nicht widerlegen. Selbst wenn es bei dieser Teilmenge regionale Disparitäten gäbe, wären noch die Rentner, die Arbeitslosen und die Krankenversicherten zu berücksichtigen.

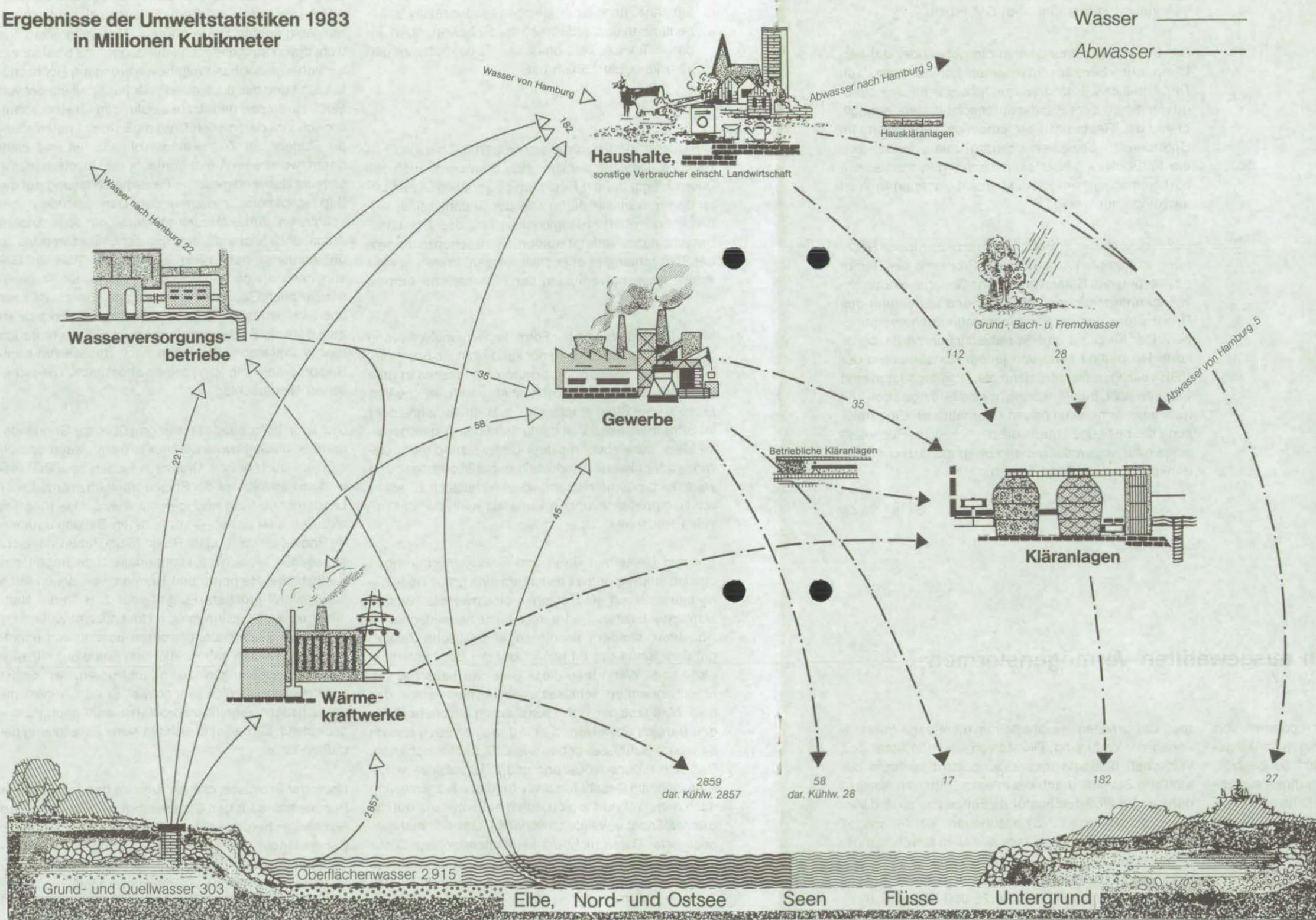
Auch die Leistungen der Länder und der Stadtstaaten werden z. T. von Gebietsfremden genutzt. Hier ist vor allem an den Hochschulbereich zu denken, der ja gerade deswegen schon zu politischen Diskussionen Anlaß gegeben hat, denn die Länder stellen ihre Studienplätze in unterschiedlichem Umfang auch gebietsfremden Abiturienten zur Verfügung. Man muß allerdings wohl davon ausgehen, daß der zugereiste Student zur amtlich-statistischen Wohnbevölkerung am Hochschulort zählt und daß auch eine Pauschalverteilung der von Gebietsfremden genutzten Leistungen im Hochschulbereich sich daran orientieren muß, wo der nutznießende Student zur Zeit seinen Wohnsitz hat und nicht daran, wo er sein Abitur gemacht hat. Insofern würde sich die Notwendigkeit der Pauschalverteilung auf die Bildungspendler zwischen den Bundesländern beschränken, dürfte also vernachlässigbar sein. Andere Aufgabenbereiche als die Hochschulen kämen als zu unbedeutend wohl nicht in Betracht. Was im Gesundheitsbereich an Leistungen staatlicher Krankenhäuser auch Gebietsfremden zugute kommt, ist zwar ebenfalls beträchtlich, fände aber über die Verkäufe an den Bereich Sozialversicherung im Staatsverbrauch dieses Teilsektors Staat und nach dessen pro-Kopf-Regionalverteilung (s. o.) seinen angestrebten pauschalierten Niederschlag.

Daß auch kommunale Leistungen über die Gemeindegrenzen hinweg wirken, ist nur relevant, wenn es sich zugleich auch um die Grenze zwischen zwei Bundesländern handelt, weil der Staatsverbrauch unterhalb der Länderebene nicht nachgewiesen wird. Das Problem reduziert sich daher — von einigen Ballungsräumen im Rhein-Neckar- und im Rhein-Main-Gebiet vielleicht abgesehen — auf die kommunalen Leistungen der Stadtstaaten Hamburg und Bremen, von denen auch das Umland profitiert. Es gibt aber z. B. in der Naherholung auch Leistungen der Umlandkommunen, von denen die Stadtstaatenbewohner besonderen unentgeltlichen Nutzen haben. Hier den Saldo aus Nutzungen und Leistungen zu quantifizieren, ist selbst schätzweise sicherlich sehr schwer. Er wäre angesichts der sonstigen Signifikanzprobleme wohl auch zu unbedeutend, als daß man sich um seine Berechnung bemühen sollte.

Unter der Prämisse, daß die Ansätze des Statistischen Bundesamtes für den Staatsverbrauch von Bund und Sozialversicherung nach der Wohnbevölkerung auf die Bundesländer und auf Berlin (einschließlich Verteidigung) verteilt und daß für die Bereiche Länder/Stadtstaaten und Gemeinden/Gemeindeverbände die unveränderten, herkömmlich berechneten Werte angesetzt werden, erhält man für 1982 eine pauschaliert ver-

WASSER UND ABWASSER

Ergebnisse der Umweltstatistiken 1983
in Millionen Kubikmeter



Das Bild vermittelt die Ergebnisse der Wasser- und Abwasserstatistiken des öffentlichen Bereichs, des verarbeitenden Gewerbes und der Wärmekraftwerke. Um die wichtigsten Fließrichtungen aufzuzeigen, mußten die Daten der drei Einzelstatistiken verknüpft werden. Nicht erfaßte Bereiche sind durch Schätzen vervollständigt, Verdunstungen und andere Wasserverluste blieben unberücksichtigt, so daß das Bild nur einen bilanzähnlichen Überblick gewährt.

Fließrichtungen ohne Volumenangabe beinhalten Wassermengen von weniger als 5 Millionen m³.

Die Wassergewinnung betrug in Schleswig-Holstein 1983 3,2 Mrd. m³ Wasser, wobei das von den 17 Wärmekraftwerken gewonnene Oberflächenwasser (2,9 Mrd. m³) den weitaus größten Teil ausmacht. Die von den 555 Versorgungsbetrieben geförderte Wassermenge (222 Mill. m³) wird nach eingehender Behandlung zu 57% an die Haushalte abgegeben, was zu einem Versorgungsgrad der Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins von gut 94% führte.

Von knapp 80% der Wohnbevölkerung wird das Abwasser den 670 Kläranlagen zur Abwasserreinigung zugeleitet.

Unterbereich	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
	Mrd. DM	
Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbände	2,1	58,1
Länder einschl. Stadtstaaten	3,9	104,0
Bund		
herkömmliche Berechnung	7,3	62,6
pauschal nach der Wohnbevölkerung ¹	2,7	X
Sozialversicherung		
herkömmliche Berechnung	4,3	100,7
pauschal nach der Wohnbevölkerung ¹	4,3	X
Staatsverbrauch insgesamt		
herkömmliche Berechnung	17,7	325,3
Pauschalrechnung ²	13,0	X
Restposten des Brutto- sozialprodukts		
herkömmliche Berechnung	- 8,2	+ 32,8
bei Pauschalrechnung	- 3,5	X
Anteil des Staatsverbrauchs am Brutto- sozialprodukt	%	
herkömmliche Berechnung	29	20
bei Pauschalrechnung	22	X

¹ Jahresdurchschnitt

² Zeilensumme 1, 2, 4 und 6

brauchsorientierte Rechnung, innerhalb derer sich für die Unterbereiche Bund und Sozialversicherung als Differenz zur produktionsorientierten, herkömmlichen Berechnung auch der rechnerische Austauschsaldo Schleswig-Holsteins mit dem übrigen Bundesgebiet von immerhin fast fünf Mrd. DM ergibt.

Die Pauschalrechnung weist die gegenüber der herkömmlichen Berechnung erwartete hohe Differenz auf. Der Anteil des Staatsverbrauchs am Brutto- sozialprodukt hat sich dem Bundesdurchschnitt stark angeglichen, der Restposten ist erheblich vermindert. Im Unterbereich Sozialversicherung unterscheidet sich der für Schleswig-Holstein pauschal gerechnete vom herkömmlichen, am Produktionsort orientierten Wert allerdings nur wenig.

Die in pauschalierter Form verbrauchsorientierte Rechnung ist geeignet, das über die Probleme der Regionalisierung des Staatsverbrauchs Gesagte eindrucksvoll zu unterstreichen und Inhalt und Bedeutung des Restpostens der Verwendungsrechnung hervorzuheben. Der für Bund und Sozialversicherung pauschalierte Rechenanteil kann von jedem Konsumenten der VGR vollzogen werden, denn die Ausgangsdaten sind veröffentlicht. Insofern bringt dies allerdings auch keine eigens ermittelten neuen Erkenntnisse. Eine Ablösung der bisherigen durch die pauschalierte Rechnung sollte man wegen der genannten grundsätzlichen Bedenken nicht ins Auge fassen.

Bernd Struck

Die Ersparnisbildung in ausgewählten Vermögensformen

Um die wirtschaftlichen Abläufe in einer modernen, von hochgradiger Arbeitsteilung und vielfältigen Zahlungsströmen gekennzeichneten Volkswirtschaft beobachten zu können, sind statistische Untersuchungen ein unverzichtbares Hilfsmittel. Mehr als die Hälfte aller in einer Volkswirtschaft bereitgestellten Güter und Dienste werden von privaten Endverbrauchern erworben (Brutto- sozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland 1983: 1,676 Bill. DM, davon 958 Mrd. DM oder 57 % privater Konsum). Dennoch stehen zum Endverbrauch und damit eng zusammenhängend zum verfügbaren Einkom-

men der privaten Haushalte nur recht vage Informationen zur Verfügung. Dieses von vielen in Staat und Wirtschaft beklagte Informationsdefizit versucht die amtliche Statistik durch die in etwa 5jährigen Abständen seit 1962/63 durchgeführte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) abzubauen. Auf freiwilliger Grundlage werden Haushalte aus allen Bevölkerungsgruppen mit Ausnahme der Ausländer, der in Anstalten lebenden Personen und der Haushalte mit besonders hohem Einkommen (über 25 000 DM monatlich) befragt. Trotz dieser Einschränkungen in der Erfassung

repräsentieren die Haushalte in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe etwa 99 % aller deutschen Privathaushalte in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West), denn die Angaben wurden mit Hilfe von Mikrozensusergebnissen nach den Merkmalen Haushaltsgröße und -nettoeinkommen sowie soziale Stellung des Haushaltsvorstandes geschichtet. 0,25 % dieser Schichten bilden das vorgegebene Erhebungssoll der EVS, deren Auswahlatz auf höchstens 0,3 % aller Haushalte gesetzlich¹ beschränkt ist. In Schleswig-Holstein wurden die Angaben von 2 433 Haushalten, die noch am Schlußinterview Ende 1983 teilgenommen hatten, auf die 1,044 Mill. für das Land ermittelten Haushalte hochgerechnet.

Obwohl durch die Vorgabe des Erhebungssolls versucht wird, die verschiedenen Haushaltsgruppen ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechend an der Befragung zu beteiligen, ist dies nicht immer möglich, da die Bereitschaft der Haushalte zur Mitarbeit in den Schichten sehr unterschiedlich ist. In einigen Schichten ist es nicht möglich, das Erhebungssoll zu erreichen. Um daraus sich ergebende Verzerrungen auszugleichen, müssen die Daten der erfaßten Haushalte wiederum mit Hilfe des Mikrozensus auf die Grundgesamtheit hochgerechnet werden. Die Ergebnisse sind uneingeschränkt verwertbar, wenn der Hochrechnung mindestens einhundert Haushalte zugrunde gelegen haben; eine begrenzte Aussagefähigkeit liegt bei 25 bis 99 erfaßten Haushalten vor.²

Ein wichtiger Teil dieser umfangreichen Erhebung, die ihrem Namen entsprechend in erster Linie Einkommen und Verbrauch ermittelt, versucht auch die Vermögensverhältnisse der Haushalte aufzuhellen, da Informationen hierzu für sich allein schon sehr wertvoll sind. Zudem gehen von der Höhe und Struktur des Vermögens auch erhebliche Einflüsse auf den privaten Verbrauch aus. Gleiches gilt für bestehende Kreditverpflichtungen.

Bei der Interpretation der angegebenen Daten ist zu beachten, daß Auskünfte zu Vermögensbeständen und

Verbindlichkeiten von den Haushalten besonders zurückhaltend erteilt werden. Der Wert dieser Angaben wird sicherlich dadurch verbessert, daß diese erst im Schlußinterview erfragt wurden, als sich zwischen den befragten Haushaltsmitgliedern und den Interviewern ein Vertrauensverhältnis entwickelt hatte, das die Zuversicht stärkte, daß die Daten ausschließlich statistischen Zwecken dienen und alle im Laufe der Bearbeitung mit ihnen befaßten Personen die Angaben strikt geheimhalten. Dennoch ist davon auszugehen, daß sowohl Vermögen als auch Verbindlichkeiten eher zu niedrig als überhöht angegeben worden sind.

Aus Gründen der Praktikabilität wurden nur ausgewählte Vermögensarten erfragt, deren Höhe sich relativ einfach aus den Unterlagen der Haushalte, wie Sparbücher, Depotauszüge, Steuerbescheide u. ä., ermitteln lassen. Beispielsweise mußten der Besitz von GmbH-Anteilen und die Forderungen an andere private Haushalte unberücksichtigt bleiben, weil ihre genaue Quantifizierung zu schwierig gewesen wäre. Besonders problematisch für einen Vergleich von Vermögen, z. B. zwischen den verschiedenen Berufsgruppen, ist, daß Ansprüche an Rentenversicherungen, Pensions- und Versorgungskassen nicht erfragt worden sind. Die Haushalte wären überfordert, die jeweiligen Zeitwerte angeben zu sollen.

Die Bildung von Grundvermögen wurde in der EVS zwar zum Teil erfaßt, es waren jedoch lediglich die steuerlichen Einheitswerte in vorgegebenen Größenklassen anzugeben. Verkehrswerte dafür wurden nicht erfragt, da auch hier kaum überwindbare Bewertungsschwierigkeiten entgegenstanden. Die Einheitswerte haben den Vorteil, daß sie nach gleichen Methoden und Grundsätzen erstellt worden sind. Der Marktwert der verschiedenen Grundvermögen hat sich jedoch in ganz unterschiedlicher Höhe im Zeitablauf von diesen Einheitswerten entfernt. Das so ermittelte Grundvermögen kann deshalb auch nicht in die Gesamtvermögensbilanz einbezogen werden, so daß eine Vermögensübersicht für einen Haushalt um so unvollständiger sein muß, je mehr Grundvermögen dazu gehört. Diese Tatsache muß auch bei intertemporären Vergleichen berücksichtigt werden, da durch den forcierten Bau und Erwerb von Eigenheimen und Eigentumswohnungen in den zurückliegenden Jahrzehnten zunehmend Haushalte in den Besitz von Grundvermögen gelangt sind. Auf der anderen Seite der Vermögensbilanz werden Verbindlichkeiten aus aufgenommenen Hypothekendarlehen und anderen Krediten erfaßt.

Wenn im folgenden auf die erhobenen Vermögensdaten bei verschiedenen Haushaltsmerkmalen eingegan-

¹ Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. 1. 1961, BGBl. I, S. 18, in Verbindung mit der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte vom 18. 5. 1977, BGBl. I, S. 727

² Pöschel, H., Zur Entwicklung ausgewählter Vermögensformen in Privathaushalten, Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Statistische Rundschau, Juli 1985, S. 510

gen wird, muß berücksichtigt werden, daß diese in den meisten Fällen recht hoch miteinander korreliert sind. So ist zumeist der Zusammenhang zwischen der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens, der sozialen Stellung der Bezugsperson, ihrem Alter und der Haushaltsgröße sehr eng.

Aus den Angaben der Haushalte, die sich in Schleswig-Holstein an der EVS beteiligt haben, errechnete sich im Durchschnitt ein Bruttovermögen von 17 506 DM, das zu einem Anteil von fast 43 % aus Guthaben auf Sparbüchern und zu 24 % aus Einzahlungen auf abgeschlossene Bausparverträge bestand. Gut 26 % der Vermögenswerte waren in Wertpapieren angelegt und knapp 7 % bestanden aus sonstigen Geldvermögen, wie z. B. Festgeldern, Berlin-Darlehen oder Guthaben auf Girokonten. Werden die durchschnittlichen Restschulden (1 545 DM) aus Kreditverpflichtungen je Haushalt davon abgezogen, ergibt sich ein Rechenwert für das Nettovermögen je Haushalt in Höhe von 15 961 DM. Solche durchschnittlichen Bestandsgrößen sagen jedoch über die tatsächliche Vermögensverteilung nichts aus. Sie verdecken, wie so häufig, erhebliche Streuungen. So sind z. B. in den meisten Einzelhaushalten Vermögen und Schulden sehr viel ungleichmäßiger verteilt. In den meisten Fällen dürfte es so sein, daß Haushalte, die sich verschuldet haben, kaum in nennenswertem Umfang über Vermögenstitel verfügen. Diese werden andererseits vornehmlich von Haushalten gehalten, die, wenn überhaupt, nur in geringem Maße Kreditverpflichtungen eingegangen sind.

Werden die Haushalte nach ihren monatlichen Nettoeinkommen untergliedert, zeigt sich, daß die Anteile der verschiedenen Vermögenstitel mit der Höhe der Einkommen erheblich schwanken. Bei den Vorgabewerten des Nettoeinkommens ist zu beachten, daß sich die Haushalte selbst eingestuft haben. Aus den Erfahrungen früherer Einkommens- und Verbrauchsstichproben ist bekannt, daß solche Selbsteinstufungen im allgemeinen zu einer Unterschätzung der tatsächlichen Einkommen aller Haushaltsmitglieder tendieren. Von landwirtschaftlichen Haushalten wurde eine Selbsteinstufung gar nicht erst erbeten, weil der Geldwert der dem Betrieb entnommenen Naturalien nur unsicher zu bestimmen ist.

In den unteren Einkommensbereichen überwiegt als Vermögensanlageform das Sparbuch, wobei die absoluten Beträge bei Einkommen bis zu 1 800 DM deutlich unter dem Durchschnittsbetrag aller Haushalte in Höhe von 7 514 DM liegen. Das Schwergewicht der Ersparnisbildung auf Sparkonto in den unteren Einkommensklassen dürfte daraus zu erklären sein, daß

Durchschnittliches Bruttogeldvermögen der privaten Haushalte in Schleswig-Holstein Ende 1983

Haushaltsgliederung	DM
Alle Haushalte	17 506
Monatl. Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	
unter 800	(3 576)
800 - 1 200	7 754
1 200 - 1 800	12 128
1 800 - 2 500	16 643
2 500 - 5 000	22 848
5 000 - 10 000	47 950
10 000 - 25 000	/
Soziale Stellung der Bezugsperson	
Landwirt	(16 859)
Selbständiger	28 624
Beamter	21 854
Angestellter	20 192
Arbeiter	13 499
Arbeitsloser	(6 317)
Nichterwerbstätiger	16 524
Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahre	
unter 25	(7 286)
25 - 30	13 107
35 - 45	18 875
45 - 55	19 146
55 - 65	19 867
65 - 70	27 649
70 und mehr	15 769

das Guthaben auf dem Sparbuch zum einen als kurzfristig verfügbarer Notgroschen angesehen wird und als weitgehend risikolos gilt. Zum anderen ist diese Anlageform einfach zu handhaben und wird daher von Sparern bevorzugt, die in Finanzgeschäften weniger bewandert sind. Diese Zurückhaltung ergibt sich schon daraus, daß aufgrund der niedrigen Anlagesummen das Bedürfnis nach anderen Anlageformen, selbst wenn sie ertragreicher wären, gering ist. Mit zunehmendem Haushaltsnettoeinkommen nimmt die relative Bedeutung des Sparkontos ab, wenngleich die absoluten Beträge noch ansteigen. Anlagemotive dürften die kurzfristige Verfügbarkeit sein und die Tatsache, daß das Sparkonto zum Ansparen für andere, höher verzinsliche Anlageformen benutzt wird.

In der unteren Einkommenskategorie besitzt nur gut die Hälfte der Haushalte ein Sparbuch. Mit zunehmenden Nettoeinkommen nimmt dieser Anteil zu, so daß man sagen kann, daß Haushalte mit Nettoeinkommen über 5 000 DM über zumindest ein Sparbuch verfügen.

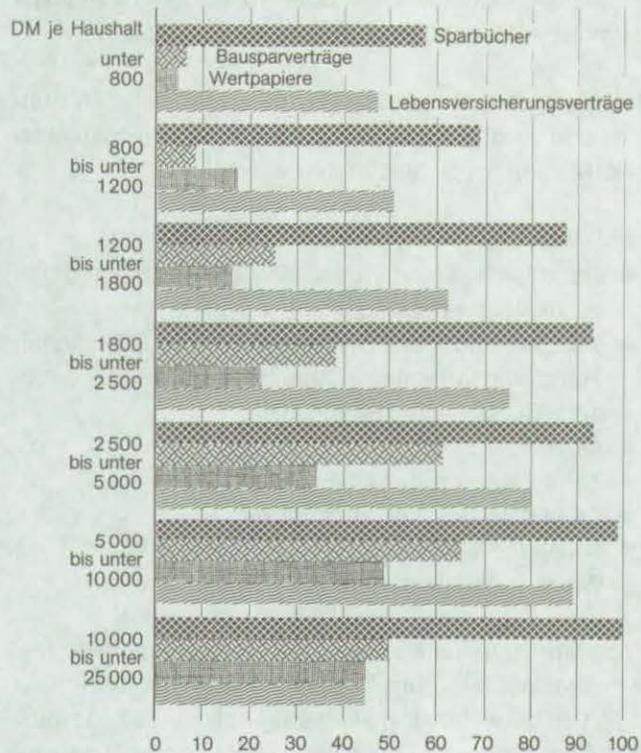
Wird nach der sozialen Stellung gegliedert, zeigt sich, daß Haushalte mit erwerbstätiger Bezugsperson zu über 90 % über Sparkonten verfügen, wobei zwischen Selbständigen einschließlich Landwirten, Beamten, Angestellten und Arbeitern kaum Unterschiede zu erkennen sind. Arbeitslose und Nichterwerbstätige hatten dagegen häufiger kein Sparbuch. Die absolut höchsten Geldbeträge lagen bei Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen (Selbständige ohne Landwirte) auf den Konten. Besonders bevorzugt wurde das Sparbuch von Arbeitern, die mit gut 7 000 DM zwar etwa gleich hohe Beträge wie Beamte und Angestellte aufwiesen, jedoch mit gut 52 % ihrer erfragten Vermögenswerte den größten Anteil in dieser Sparform hielten. Die Nichterwerbstätigen hatten knapp die Hälfte ihres Vermögens (47 %) auf Sparbüchern, absolut im Durchschnitt gut 7 800 DM.

Bausparverträge hatten gut ein Drittel (39 %) der Haushalte in Schleswig-Holstein, dabei waren die stärksten Sektionen von Bausparguthaben die zwischen 10 000 DM und 15 000 DM, zwischen 6 000 DM und 8 000 DM sowie zwischen 3 000 DM und 4 000 DM. Im Durchschnitt hatten die Haushalte mit Bausparverträgen gut 4 200 DM angespart. In dieser Form der Vermögensbildung waren immerhin 24 % der Ersparnisse festgelegt. Größten Zuspruch fanden Bausparverträge bei Haushalten, deren Bezugspersonen Beamte waren. Es folgten Haushalte von Angestellten und Arbeitern. In den meisten Bausparerhaushalten lebten Ehepaare mit zwei Kindern, gefolgt von Ehepaaren mit einem Kind und solchen ohne Nachwuchs. Das Schwergewicht der Bauspartätigkeit entfiel auf Haushalte, deren Bezugsperson zwischen 35 und 45 Jahre alt war. In dieser und den beiden benachbarten Altersgruppen, also zwischen 25 und 55 Jahre alt, fanden sich gut drei Viertel aller Bausparer. Bezugspersonen in diesem Lebensabschnitt hatten gut 70 % aller Bausparguthaben angespart, wobei die höchste Durchschnittssumme wiederum auf die Altersgruppe zwischen 35 und 45 Jahren entfällt. Dazu paßt auch das Ergebnis der Gliederung nach der Haushaltsgröße, denn es wurde der höchste Betrag bei Ehepaaren mit zwei Kindern bzw. Vier-Personen-Haushalten nachgewiesen. Diese hatten auch mit Abstand die meisten Bausparverträge abgeschlossen. Im Landesdurchschnitt hatten die Beamten die durchschnittlich höchsten Beträge (9 825 DM) noch vor den Angestellten (7 702 DM) angespart.

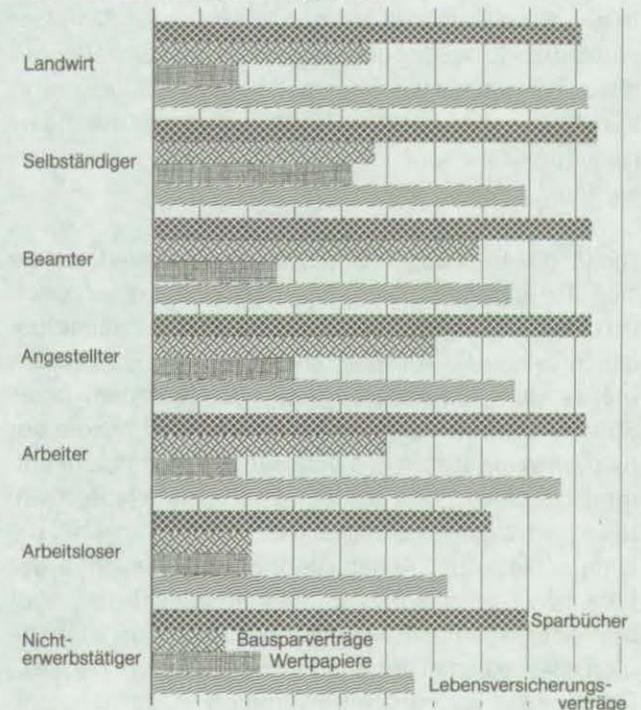
Gemessen an den abgefragten Vermögensformen hatten die Schleswig-Holsteiner fast ein Viertel ihres Vermögens in Bausparverträgen festgelegt, im Bundesdurchschnitt hatten die Bürger nur gut ein Fünftel auf

Anteile der Haushalte mit ausgesuchten Vermögensarten an allen Haushalten in %

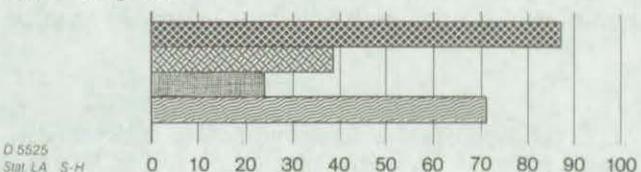
nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen



nach der sozialen Stellung der Bezugsperson



Haushalte insgesamt



D 5525
Stat. LA S-H

diesem Wege gespart. Aufgrund des insgesamt höheren Vermögenswertes, der für die Bürger auf Bundesebene errechnet wurde, ergibt sich im Bundesdurchschnitt dennoch eine um über 10 % höhere Ansparsumme je Haushalt als in Schleswig-Holstein.

Knapp ein Viertel der Haushalte im nördlichsten Bundesland verfügte über Wertpapiere. Als Wertpapierarten wurden im Schlußinterview erfaßt:

- Sparbriefe
- Pfandbriefe, Kommunalobligationen, sonstige Bankschuldverschreibungen
- Staatsschuldbriefe (Wertpapiere der öffentlichen Hand wie öffentliche Anleihen, Kassenobligationen, Bundesschatzbriefe u. ä.)
- Aktien
- Zertifikate von Immobilienfonds
- Zertifikate von Investmentfonds
- sonstige Wertpapiere (Industrieobligationen, Wandelschuldverschreibungen, Kuxe u. ä.).

Von den Haushalten waren die Vermögenswerte dieser Wertpapiere zum Tageskurs vom 31. Dezember 1983 zu bewerten. Die schleswig-holsteinischen Haushalte verfügten über gut 4 600 DM im Durchschnitt, auf Bundesebene wurden je Haushalt fast 7 200 DM ermittelt. Dies waren 26 % bzw. 31 % des erfaßten Gesamtbruttogeldvermögens der privaten Haushalte. Auf die in Schleswig-Holstein ermittelten Ergebnisse kann zum tieferen empirischen Nachweis wegen der relativ geringen Zahl von Haushalten jedoch nur eingeschränkt zurückgegriffen werden.

Die für das Bundesgebiet ausgewerteten Daten, auf die sich die folgenden Aussagen beziehen, zeigen deutlich, daß Wertpapierbesitz und Einkommenshöhe positiv miteinander korreliert sind.³ Von den Haushalten mit einem monatlichen Haushaltseinkommen unter 800 DM verfügte nur jeder achte über Wertpapiere der hier erfragten Arten, von den Haushalten mit Einkommen zwischen 5 000 und 25 000 DM hatte jeder zweite ein Wertpapierdepot. Noch augenfälliger waren die Unterschiede bei Aktien: Jeder vierte Haushalt der höchsten nachgewiesenen Einkommensklasse, aber nur jeder vierzigste Haushalt der untersten Einkommensklasse besaß Aktien. Dies deutet darauf hin, daß, je höher das verfügbare Einkommen ist, desto ausgeprägter auch die Bereitschaft ist, Wertpapiere mit höherem Risiko, aber auch höheren Gewinnchancen zu

erwerben. Erwartungsgemäß zeigt sich bei diesen solider fundierten Zahlen, daß Haushalte mit Gewerbetreibenden oder freiberuflich Tätigen als Bezugsperson den höchsten Anteil der Wertpapierbesitzer (41 %) aufweisen. Bei dieser Gruppe ist zu berücksichtigen, daß Vermögensbildung in den meisten Fällen zumindest Teil der Altersvorsorge darstellt. Es folgen in der Häufigkeit Angestellte, Beamte und Landwirte. Der Vorsorgecharakter der Vermögensbildung zeigt sich auch in dem bedeutenden Anteil, der auf Nichterwerbstätige als Wertpapierhalter entfällt (27 %).

Von den über 45jährigen Haushaltsvorständen hält ein Drittel Wertpapiere. Von den unter 25jährigen verfügen aber immerhin schon 14 % über ein eigenes Wertpapierdepot. Es sollte hier beachtet werden, daß der Anteil der Haushalte, die Wertpapiere halten, noch nichts über die Höhe ihres Portefeuilles aussagt.

Die Haushalte, die Wertpapiere besitzen, hatten im Durchschnitt ein Depot im Wert von gut 24 000 DM. Beachtlich ist, daß selbst Haushalte, die ein monatliches Nettoeinkommen von unter 800 DM deklariert hatten, über ein Depotvolumen von fast 15 000 DM verfügen konnten. Dies ist immerhin fast ein Drittel des Wertpapiervermögens, das Haushalte der Einkommensklasse 5 000 bis 25 000 DM pro Monat angegeben haben, der höchsten Einkommensklasse, die in der EVS berücksichtigt wurde.

Auffällig ist auch der enge Zusammenhang zwischen dem Lebensalter der Bezugsperson und der Höhe des Wertpapiervermögens. Haushaltsvorstände in den Altersgruppen bis unter 55 Jahren verfügen über Vermögenswerte, die unter dem angegebenen Durchschnittswert liegen. Die 55jährigen und älteren besitzen deutlich überdurchschnittliche Wertpapiervermögen, für 70jährige und ältere wurde ein Wert von über 36 000 DM errechnet. Diese mit dem Lebensalter ansteigenden Vermögenswerte sind zum einen sicherlich eine Folge verbesserter Sparmöglichkeiten in beruflich besser gesicherten Altersstufen, zum anderen weist der hohe Vermögensstand älterer Menschen wiederum auf den Vorsorgecharakter des Vermögens hin. Dies verdeutlicht auch die Gliederung nach der sozialen Stellung, aus der hervorgeht, daß die Nichterwerbstätigen unter den Wertpapierbesitzern im Durchschnitt Wertpapiere in einem Volumen von über 30 000 DM besitzen. Von den Erwerbstätigen verfügen die Selbständigen über das mit Abstand größte Depot (fast 45 000 DM), für die Haushalte von Landwirten wurden knapp 25 000 DM errechnet und für Angestellte und Beamte jeweils um 19 000 DM. Trotz dieser Alterssicherungsfunktion der Wertpapiere wird jedoch aus

³ Euler, M. Wertpapiervermögen privater Haushalte am Jahresende 1983, in *Wirtschaft und Statistik* 8/1985, S. 674

den vorliegenden Zahlen nicht erkennbar, daß die Bestände mit Überschreiten des Erwerbstätigenalters nachhaltig abgebaut werden. Die Wertpapierbestände werden also im Laufe des Erwerbslebens langsam aufgebaut und bis ins hohe Alter hinein gehalten. Zur Versorgung im Alter werden scheinbar nur Teile der Wertpapiererträge entnommen.

Zur Sparform Lebensversicherung liegen für Schleswig-Holstein gesicherte Zahlen vor. Sie war nach der Geldanlage auf Sparbüchern die wichtigste Anlageform für die Mehrheit der Haushalte im Lande; reine Risikoversicherungen sind hierin wohlgerne nicht enthalten. Schon in der Einkommensgruppe 1 200 bis 1 800 DM pro Monat besaßen 62 % der Haushalte mindestens einen Lebensversicherungsvertrag, in der höheren Einkommensklasse von 5 000 bis 10 000 DM waren es immerhin fast 90 %. Am stärksten verbreitet waren Lebensversicherungsverträge bei Haushaltsvorständen mittleren Alters mit 35 bis 55 Jahren (82 %), Haushalte mit Kindern verfügten zu über 80 % über eine solche Kombination aus Sparvertrag und Absicherung gegen Wechselfälle des Lebens. Neben Landwirten, Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen hatten sich vor allem Arbeiterhaushalte in diesen auf eine langfristige Ansparzeit ausgerichteten Verträ-

gen engagiert. Aussagen zu den abgeschlossenen Lebensversicherungssummen können für Schleswig-Holstein nicht gemacht werden.

Aufgrund der schwachen Besetzung in den einzelnen Gliederungsklassen ist es für Schleswig-Holstein auch nicht möglich, eingehende Aussagen zu den Kreditverpflichtungen der Haushalte und ihrer Nettovermögensposition zu machen. Zur Orientierung sei auch hier auf die Auswertung für das Bundesgebiet verwiesen.⁴ Danach konnten gut 41 % der schuldenfreien Haushalte über ein positives Nettogeldvermögen unter 10 000 DM verfügen. Die Vermögensbestände in diesen Haushalten machten zusammen aber nur 7 % des gesamten in der EVS erfaßten positiven Nettogeldvermögens aus. Andererseits besaßen 6 % der Haushalte 80 000 DM und mehr, 1 % der Haushalte hatten sogar 200 000 DM und mehr als Nettogeldvermögen angegeben. Das waren gut 35 % bzw. über 13 % des gesamten Nettogeldvermögens. Es zeigt sich also auch hier schon eine deutliche Vermögenskonzentration, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Haushalte mit besonders hohem Einkommen (über 25 000 DM) in der EVS gar nicht befragt worden sind.

Dr. Friedrich-Wilhelm Lück

Kurzberichte

Studenten im Wintersemester 1985/86

Die Zahl der Studierenden an den schleswig-holsteinischen Hochschulen beträgt im Wintersemester 1985/86 31 359. Das sind nur noch 413 oder 1 % mehr als im Wintersemester 1984/85. Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich der Zuwachs des Studentenbestands weiter abgeschwächt. Die Zahl der Studienanfänger bleibt rückläufig. Sie beträgt nur noch 3 807, das sind 8 % weniger als im vorherigen Wintersemester.

Dabei ist die Situation von Hochschule zu Hochschule sehr verschieden. Beträgt der Anfängerrückgang an der Universität Kiel 6 %, an der Pädagogischen Hochschule Kiel 9 % und an der Fachhochschule Kiel 32 %, so hat die Fachhochschule Flensburg einen Zu-

wachs von 33 %, die Verwaltungsfachhochschule Altenholz + 12 % und die Fernfachhochschule Rendsburg sogar + 89 %. Betrachtet man den Anfängerrückgang nach Geschlechtern, so beträgt er bei den weiblichen Studierenden nur 34 im Vergleich zu 300 bei den männlichen Studienanfängern.

Der Umstrukturierungsprozeß der letzten Jahre setzt sich fort: steigende Studentenzahlen an der Medizinischen Universität Lübeck und an den Fachhochschulen, weiterhin sinkende Tendenz bei den pädagogischen Hochschulen. An der Universität Kiel sind jetzt

⁴ Euler, M., Geldvermögen privater Haushalte Ende 1983, in: *Wirtschaft und Statistik* 5/1985, Seite 415f.

Hochschule	Studenten im WS 1985/86	Veränderung gegenüber WS 1984/85	
		Anzahl	in %
Universität Kiel	17 221	- 48	- 0
Medizinische Universität Lübeck	1 094	+ 104	+ 11
Pädagogische Hochschule Flensburg	712	- 145	- 17
Pädagogische Hochschule Kiel	1 644	- 283	- 15
Musikhochschule Lübeck	362	- 2	- 1
Fachhochschule Flensburg	915	+ 140	+ 18
Fachhochschule Kiel	4 512	+ 236	+ 6
Fachhochschule Lübeck	1 943	+ 93	+ 5
Fachhochschule Wedel	992	+ 48	+ 5
Fernfachhochschule Rendsburg	1 102	+ 270	+ 32
Verwaltungsfachhochschule Altenholz	862	0	0
Alle Hochschulen	31 359	+ 413	+ 1
darunter			
Lehramtsstudenten ¹			
Universität Kiel	1 977	- 266	- 12
Pädagogische Hoch- schule Flensburg	560	- 160	- 22
Pädagogische Hoch- schule Kiel	1 315	- 373	- 22
Musikhochschule Lübeck	106	+ 1	+ 1
Zusammen	3 958	- 798	- 17

¹ ohne Diplom-Handelslehrer

17 221 Studierende eingeschrieben, 48 weniger als im Wintersemester 1984/85. An der Medizinischen Universität Lübeck studieren 1 094 Studenten, 11 % mehr als vor einem Jahr, an den pädagogischen Hochschulen nur noch 2 356, davon 1 644 (- 15 %) in Kiel und 712 (- 17 %) in Flensburg.

Die Zahl der Lehramtsstudenten an der Universität Kiel, an den pädagogischen Hochschulen und an der Musikhochschule Lübeck ist um 798 oder 17 % und bei den Studienanfängern um 57 oder 21 % zurückgegangen. Auch ihr Anteil an allen Studenten in Schleswig-Holstein hat dementsprechend weiter auf 13 % abgenommen.

An den Fachhochschulen sind erstmalig über 10 000 Studierende eingeschrieben, und zwar 4 512 (+ 6 %) in Kiel, 1 943 (+ 5 %) in Lübeck, 992 (+ 5 %) in Wedel, 915 (+ 18 %) in Flensburg, 1 102 (+ 32 %) an der Fernfachhochschule in Rendsburg und schließlich unverändert 862 an der Verwaltungsfachhochschule in Altenholz. Bei den Studienanfängern der Fachhochschulen ergibt sich jedoch ein Rückgang um 188 Personen.

Der Frauenanteil an den Hochschulen ist um 1 Prozentpunkt auf 38 % gesunken. 11 993 Studentinnen, nur 36 mehr als vor einem Jahr, sind jetzt immatrikuliert. Die höchsten Frauenanteile verzeichnen die pädagogischen Hochschulen (Kiel 72 %, Flensburg 68 %), es folgen die Musikhochschule mit 57 %, die Universitäten (Lübeck 47 %, Kiel 42 %) und die Verwaltungsfachhochschule mit 46 %. In den Fachhochschulen schwanken die Frauenanteile zwischen 7 % in Flensburg und 29 % in Kiel.

Leonhard Gawlik

Rinder- und Schweinebestände im Dezember 1985

Seit 1981 wird die Dezemberviehzählung im jährlichen Wechsel in geraden Jahren allgemein, in ungeraden Jahren repräsentativ durchgeführt. Entsprechend diesem Erhebungssturnus wurden die Viehbestände im Dezember 1985 anhand einer nach Tierarten, Nutzungsrichtung und Bestandsgrößen geschichteten Stichprobe erfaßt, deren Auswahlgrundlage die Viehhaltungen der letzten Totalerhebung im Jahre 1984 bildeten. Das Auswahlverfahren wurde in Heft 2/1982 dieser Zeitschrift ausführlich beschrieben. Rund ein Viertel aller Viehhaltungen wurde in die Erhebung einbezogen. Erfaßt wurden die Bestände an Rindern, Schweinen, Schafen und Geflügel. Ausgenommen von der Zählung waren nur wenige Mastschweine-, Schaf- und Geflügelkleinsthaltungen mit geringer oder keiner landwirtschaftlich genutzten Fläche und unbedeutenden pflanzlichen und tierischen Erzeugungseinheiten. Die Erfassung der Pferdebestände war durch die Verordnung zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften vom 14. September 1984 ausgesetzt worden.

Nach ersten vorläufigen Ergebnissen wurden am 3. Dezember 1985 in Schleswig-Holstein 1,59 Mill. Rinder, darunter 527 000 Milchkühe, und 1,74 Mill. Schweine gehalten, darunter 193 000 Sauen.

Weniger Milchkühe, mehr Mastrinder

Erstmals seit 1979 war der Rindviehbestand in Jahresfrist wieder rückläufig, und zwar um 34 000 Tiere oder

2 %. Allein die Zahl der Milchkühe ging um 18 000 Tiere oder 3 % auf 527 000 Tiere zurück. Seit dem bisherigen Höchststand im Jahre 1983 (574 000) nahm der Milchkuhbestand als Folge der seit April 1984 eingeführten Milchquotenregelung um 47 000 Tiere oder 8 % ab. Er entspricht nur noch annähernd dem Bestand vom Dezember 1981.

Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der Kälber (254 000) sowie der 1/2 bis 1 Jahr alten männlichen (139 000) und weiblichen Jungrinder (189 000) gegenüber dem Vorjahr um je 7 % erheblich. Die relative Veränderung des Jungrinderbestandes entspricht dem Rückgang der Kälberzahl von Juni 1984 bis Juni 1985 um ebenfalls 7 %. Damit dürfte das gesamte Kälberaufkommen im Jahre 1985 um etwa 40 000 Tiere kleiner als im Jahre 1984 gewesen sein. Eine mittelfristig ab 1987 rückläufige Entwicklung des Bestandes an Mast- und Schlachtrindern sowie der Rinderschlachtungen dürfte sich somit bereits anzeigen.

Dezemberviehbestände in 1 000

Jahr	Rinder insgesamt	Milchkühe	Mast- und Schlachtrinder* ab 1 Jahr alt
1980	1 553	520	170
1981	1 544	525	164
1982	1 565	541	159
1983	1 616	574	163
1984	1 627	545	183
1985	1 593	527	205

* Bullen, Ochsen, Schlachtfärsen, Schlachtkühe

Als Folge der zahlreicheren Kalbungen in den Vorjahren sind die Bestände an weiblicher Nachzucht und an Mastrindern in den Alterskategorien ab 1 Jahr gegenüber dem Dezember 1984 nochmals angestiegen. Die Zahl der weiblichen Nutz- und Zuchttiere im Alter von 1 bis 2 Jahren erhöhte sich in Jahrsfrist um 1 % auf 206 000 und die der über 2 Jahre alten Nutz- und Zuchtfärsen um 9 % auf 65 000. Der Bestand an männlichen und weiblichen zum Schlachten bestimmten Tieren ab 1 Jahr (Bullen, Ochsen, Schlachtfärsen, Schlachtkühe) erhöhte sich um nochmals 12 % auf 205 000 Tiere; das sind 46 000 oder nahezu ein Drittel mehr als vor drei Jahren. Nahezu zwei Drittel der überwiegend zur Mast und zum Schlachten bestimmten Rinder waren männliche im Alter von 1 bis 2 Jahren. Darin kommt die nach wie vor große Verbreitung der

Jungbullenmast, die überwiegend als Stallhaltung betrieben wird, zum Ausdruck.

Mast- und Schlachtrinder ab 1 Jahr alt	Bestand am 3. 12. 1985 in 1 000	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1 bis 2 Jahr alt		
männliche Rinder	133	+ 12
weibliche Rinder zum Schlachten	33	+ 11
2 Jahre und älter		
Bullen und Ochsen	24	+ 13
Schlachtfärsen	8	+ 19
Schlachtkühe	7	+ 8
Insgesamt	205	+ 12

Aus der Übersicht läßt sich ferner erkennen, daß zunehmend die weniger nutz- und zuchttauglichen Färsen zur Mast und zum Schlachten bestimmt werden. Nach einem vorübergehenden Anstieg des Bestandes an Ammen- und Mutterkühen ist dieser von 9 000 im Dezember 1984 auf 8 000 im Dezember 1985 wieder zurückgegangen. Wie bei der früheren Gewährung von Abschlattpremien handelt es sich offenbar teilweise um eine vorübergehende, sich jetzt wieder abschwächende Haltung des früheren Milchkuhbestandes nach der Inanspruchnahme von Milchrenten. Aufgrund der nach wie vor intensiven Bewirtschaftung der landwirtschaftlich genutzten Flächen kommt der einseitigen Fleischrinderhaltung weiterhin eine geringe Bedeutung zu. Einschließlich Nachzucht und Masttiere dürften die Fleischrinder auf einen Anteil von nicht einmal 2 % kommen.

Stagnierender Sauen- und rückläufiger Mastschweinebestand

Nach einem vorübergehenden Anstieg im Vorjahr nahm die Zahl der Schweine — bei im Jahresverlauf unbefriedigenden Erzeugererlösen — wieder leicht um 24 000 Tiere oder 1 % ab. Dabei ging der Bestand an Mastschweinen ab 50 kg Lebendgewicht in Jahrsfrist um 6 % auf 583 000 Tiere besonders stark zurück. Infolgedessen dürfte das Schlachtschweineaufkommen zu Beginn dieses Jahres wie schon in den letzten Monaten des Vorjahres relativ gering sein.

Dagegen überstieg die Zahl der Sauen (193 000 Tiere) den Bestand vom Dezember 1984 um 1 %. Vom Gesamtbestand waren 44 000 Jungsauen (+ 3 %) und 149 000 Altsauen (+ 1 %). Die Zahl der trächtigen Tiere entsprach mit 129 000 Tieren annähernd dem vor-

jährigen Bestand. Wie die Zahl der Sauen war auch die der Ferkel (524 000) und der Jungschweine unter 50 kg Lebendgewicht (433 000) um je 1 % größer als im Dezember 1984.

Als Stichprobenerhebung vermag die Dezemberviehzählung 1985 nur Landesergebnisse zu liefern, so daß Aussagen über regionale und strukturelle Veränderungen nicht möglich sind. Die entsprechend dem zwei

jährigen Turnus im Dezember 1986 anstehende allgemeine Viehzählung wird wieder nach Kreisen und Naturräumen gegliederte Regionalergebnisse und nach Bestands- und Betriebsgrößen aufbereitete Strukturergebnisse bereitstellen.

Dr. Hans-Siegfried Grunwaldt

Weitere Angaben im Stat. Bericht C III 1 - vj 4/1985.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl
r = berichtigte Zahl
s = geschätzte Zahl
D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
· = nichts vorhanden
· = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
/ = Zahlenwert nicht sicher genug
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
... = Angabe fällt später an

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

38. Jahrgang . Heft 2 . Februar 1986

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1983		1984			1985				
			Monats- durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 618	2 615	2 614	2 614	2 614	2 615	
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
*Eheschließungen	Anzahl	1 237	1 254	1 119	990	1 183	1 362	1 107	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,7	5,8	5,0	4,6	5,3	6,3	5,0	
*Lebendgeborene	Anzahl	1 956	1 913	1 898	1 793	1 940	2 050	1 952	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,0	8,8	8,5	8,3	8,7	9,5	8,8	
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 585	2 565	2 599	2 632	2 852	2 487	2 478	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,9	11,8	11,7	12,2	12,8	11,6	11,2	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	19	18	22	16	22	13	10	
* je 1 000 Lebendgeborene		9,7	9,4	11,6	8,9	11,3	6,3	5,1	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 629	- 652	- 701	- 839	- 912	- 437	- 526	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,9	- 3,0	- 3,2	- 3,9	- 4,1	- 2,0	- 2,4	
WANDERUNGEN											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 436	5 582	7 013	4 964	5 148	5 568	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 937	5 164	5 915	4 618	4 320	6 247	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 499	+ 418	+ 1 098	+ 346	+ 828	- 679	
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	10 095	10 213	12 335	10 201	8 705	11 311	
Wanderungsfälle	Anzahl	20 468	20 958	25 263	19 783	18 173	23 126	
ARBEITSLAGE											
*Arbeitslose	1 000	107	109	105	111	119	109	111	118	125	
darunter *Männer	1 000	62	64	60	64	70	61	62	67	72	
Kurzarbeiter	1 000	17,1	13,7	9,8	13,0	17,1	4,1	5,3	8,6	11,6	
darunter Männer	1 000	14,2	12,0	8,2	11,0	14,6	3,3	4,4	7,5	10,3	
Offene Stellen	1 000	2,5	2,7	2,1	1,9	1,9	2,6	2,6	2,5	2,4	
LANDWIRTSCHAFT											
VIEHBESTAND											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 616 ^a	1 627 ^a	.	.	1 627	.	.	.	p 1 593	
darunter *Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	574 ^a	545 ^a	.	.	545	.	.	.	p 527	
*Schweine	1 000	1 733 ^a	1 767 ^a	.	.	1 767	.	.	.	p 1 743	
darunter *Zuchtsauen	1 000	190 ^a	191 ^a	.	.	191	.	.	.	p 193	
darunter *trächtig	1 000	128 ^a	130 ^a	.	.	130	.	.	.	p 129	
SCHLACHTUNGEN²⁾											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	38	45	78	56	41	59	80	53	42	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	238	240	263	258	229	238	247	248	223	
darunter *Hauschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	4 ^c	4	7	6	2	3	7	5	
*SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾ (ohne Geflügel)											
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	29,8	31,7	44,7	36,1	29,4	37,3	44,5	35,1	29,7	
*Kälber	1 000 t	10,5	12,4	23,3	15,3	11,0	17,6	24,1	14,9	11,7	
*Schweine	1 000 t	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
	1 000 t	19,0	19,1	21,1	20,5	18,2	19,3	20,1	19,9	17,7	
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	284	281	297	271	274	301	300	279	263	
Kälber	kg	106	108	109	113	109	122	118	112	112	
Schweine	kg	81	81	81	82	81	82	82	82	81	
GEFLÜGEL											
Eingelegte Brutefür ⁴⁾	*für Legehennenküken	1 000	164	152	72	141	91	140	142	166	87
	für Masthühnerküken	1 000	1 033	850	859	-	-	7	-	-	-
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	817	832	979	922	851	129	165	155	184	
*MILCHERZEUGUNG											
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	97	96	91	93	93	p 94	p 93	p 94	p 95	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,5	13,1	10,6	10,8	11,7	p 11,1	p 11,4	p 11,4	p 12,1	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1983/84 = 6 c) Winterhalbjahr 1984/85 = 5

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1983	1984	1984			1985			
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	166	165	169	167	165	168	168	167	166
	1 000	114	113	116	115	114	116	116	115	114
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 254	16 139	17 827	17 523	14 589	16 475	17 722	16 694	14 668
*Lohnsumme	Mill. DM	301,7	306,1	313,9	394,8	310,4	311,3	328,9	398,5	332,6
*Gehaltssumme	Mill. DM	202,7	207,1	198,2	275,1	220,4	206,9	205,3	287,9	235,8
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige aus dem Inland	Mill. DM	1 559	1 647	1 683	1 615	1 793	1 780	1 841	1 732	1 782
aus dem Ausland	Mill. DM	1 071	1 143	1 151	1 138	1 162	1 141	1 221	1 198	1 156
	Mill. DM	488	503	533	477	631	639	619	534	626
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer) Inlandsumsatz	Mill. DM	2 849	3 020	3 156	3 157	3 301	3 209	3 365	3 100	3 156
*Auslandsumsatz	Mill. DM	2 319	2 346	2 565	2 522	2 523	2 509	2 733	2 444	2 475
	Mill. DM	529	674	592	635	778	700	632	656	682
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	19	19	25	21	21
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	40,2	39,5	38,8	38,6	38,9
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	66	80	79	64	75
*leichtes Heizöl	1 000 t	8	9	8	10	10
*schweres Heizöl	1 000 t	57	70	71	55	65
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	222	236	253	246	230	233	256	257	239
*Stromerzeugung (Industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	25	24	32	34	31	23	26	32	32
*Index der industriellen Nettoproduktion im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	92,4	101,8	105,3	109,4	114,2	108,0	115,8
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	49 160	47 249	46 641	45 196	43 579	43 141	42 388	41 306	...
*Geleistete Arbeitsstunden darunter für	1 000	5 473	5 156	6 129	5 220	3 321	5 448	5 758	4 359	...
*Wohnungsbauten	1 000	2 346	2 155	2 467	2 101	1 329	2 045	2 110	1 591	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 176	1 119	1 254	1 074	764	1 147	1 209	959	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 765	1 749	2 246	1 924	1 145	2 112	2 279	1 683	...
*Lohnsumme	Mill. DM	112,1	108,4	123,4	149,0	76,1	104,3	110,8	122,0	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	19,2	19,7	18,5	27,7	19,9	18,0	17,7	26,8	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	376,1	364,1	437,7	464,7	515,5	413,7	427,6	402,0	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	247,6	209,2	229,0	159,5	129,3	244,1	205,6	182,7	...
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 998	8 083	8 613	8 395	8 150	7 774	7 551	7 353	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	940	970	1 154	1 066	892	944	992	877	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	19,1	20,1	22,2	24,6	20,3	18,9	19,1	21,0	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	56,0	59,2	69,0	75,9	114,5	55,6	65,0	65,3	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	959	1 842	2 007	1 931	2 037	1 738	1 899
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	816	861	876	924	986	821	891
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
						3. Vj. 84	3. Vj. 85			
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,3	101,8	.	.	101,4	101,0
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	134,0	135,0	.	.	159,6	140,9

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I I 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1983	1984	1984			1985			
				Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	661	503	490	507	371	438	450	422	390
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	483	385	409	404	302	360	384	346	357
*2 Wohnungen	Anzahl	107	73	49	56	43	55	43	59	20
*Rauminhalt	1 000 m³	687	458	365	426	270	323	313	304	255
*Wohnfläche	1 000 m²	120	83	69	82	51	62	59	54	49
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	171	122	126	111	103	134	135	83	121
*Rauminhalt	1 000 m³	599	408	376	313	497	359	456	375	566
*Nutzfläche	1 000 m²	103	71	67	58	81	63	737	75	93
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 570	1 075	876	1 087	667	775	756	644	635
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	678,8	840,1	1 364,6	963,5	796,3	831,1	829,1	811,7	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	115,4	129,6	136,5	149,2	142,8	135,7	156,0	120,6	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	563,4	710,5	1 228,1	814,3	653,5	695,4	673,2	691,1	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	12,8	18,4	23,3	22,0	18,1	16,9	20,5	15,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	57,4	71,0	81,9	68,2	71,6	66,0	57,3	75,7	...
*Fertigwaren	Mill. DM	493,2	621,1	1 122,9	724,0	563,8	612,5	595,4	599,7	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	64,3	85,4	113,0	87,2	89,4	32,3	91,5	107,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	428,8	535,7	1 009,9	636,8	474,4	520,2	503,9	492,1	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	295,1	346,5	403,4	r 356,8	346,1	434,5	431,4	391,2	...
darunter Dänemark	Mill. DM	57,3	73,6	73,2	r 72,5	60,7	82,8	85,7	94,3	...
Niederlande	Mill. DM	64,2	70,8	96,4	r 71,6	87,8	105,5	106,2	70,0	...
Frankreich	Mill. DM	55,2	62,6	73,3	r 66,5	57,4	79,3	68,0	61,7	...
Italien	Mill. DM	29,7	40,0	48,7	r 52,9	42,4	53,6	51,2	54,6	...
*EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1980 = 100	108,9	109,9	108,9	115,7	134,7	103,6	r 112,3	118,5	...
*GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1980 = 100	107,7	106,9	96,3	82,9	89,9	120,1	r 103,0	82,1	...
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
*Ankünfte	1 000	238	236	225	131	94	p 329	p 249	p 143	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	22	23	21	16	11	p 30	p 24	p 19	...
*Übernachtungen	1 000	1 377	1 361	994	473	361	p 1 833	p 1 057	p 497	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	42	42	41	29	24	p 56	p 52	p 36	...
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 175	1 205	1 201	1 452	1 087
Güterversand	1 000 t	603	669	728	741	764
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	138	140	157	133	149	144	142	131	155
*Güterversand	1 000 t	148	153	132	176	187	159	168	144	137
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder	Anzahl	9 382	8 855	8 694	7 478	6 125	7 645	9 266
(einschließlich Motorroller)										
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	432	342	60	39	15	87	49
*Lastkraftwagen	Anzahl	8 253	7 894	8 008	6 893	5 636	6 955	8 606
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	400	384	414	361	291	333	363
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 533	1 472	1 540	1 252	1 398	1 628	1 419	p 1 303	p 1 154
*Getötete Personen	Anzahl	43	37	24	32	46	32	33	p 29	p 31
*Verletzte Personen	Anzahl	1 966	1 876	1 921	1 580	1 751	2 000	1 825	p 1 655	p 1 460

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1983	1984	1984			1985				
				Monats- durchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
GELD UND KREDIT											
KREDITE UND EINLAGEN²⁾											
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	65 433	68 298	67 645	67 853	68 298	69 883	70 172	70 571	70 876	
darunter											
*Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	63 597	66 472	65 984	66 119	66 472	68 176	68 456	68 858	69 135	
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 907	9 729	9 832	9 720	9 729	10 004	9 972	9 860	9 817	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 190	9 466	9 599	9 493	9 466	9 845	9 722	9 631	9 594	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	717	264	233	228	264	158	250	229	223	
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 348	6 961	6 978	6 842	6 961	6 103	6 057	6 123	6 082	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 529	5 190	5 271	5 211	5 190	4 673	4 653	4 606	4 587	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 819	1 770	1 707	1 632	1 770	1 431	1 404	1 516	1 495	
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	46 341	49 782	49 174	49 556	49 782	52 069	52 427	52 875	53 236	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	34 816	37 401	36 707	36 957	37 401	39 088	39 410	39 731	39 954	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 525	12 381	12 467	12 599	12 381	12 982	13 017	13 144	13 282	
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	40 378	42 502	41 412	41 751	42 502	43 726	44 222	44 554	45 182	
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	24 711	26 271	25 979	26 264	26 271	27 517	27 970	28 307	28 203	
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	18 366	19 983	19 641	20 054	19 983	21 124	21 444	21 912	21 686	
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 345	6 288	6 338	6 210	6 288	6 393	6 526	6 395	6 518	
*Spareinlagen	Mill. DM	15 667	16 231	15 433	15 487	16 231	16 209	16 252	16 247	16 978	
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	11 457	12 174	11 708	11 741	12 174	12 389	12 423	12 452	...	
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	990	990	998	855	1 607	825	990	848	...	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	896	946	951	801	863	768	947	861	...	
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN											
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	54	64	64	67	75	104	53	70	84	
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,3	0,2	-	1	-	-	-	-	-	
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	337	352	370	424	494	274	
*Wechselsumme	Mill. DM	2,4	2,5	2,6	3,7	4,5	2,0	
STEUERN											
		Vierteljahres-			4. Vj. 84		3. Vj. 85		4. Vj. 85		
		durchschnitt									
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART											
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 248,0	2 311,3	.	.	2 462,5	2 325,6	.	.	2 757,3	
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 567,9	1 644,7	.	.	1 870,7	1 694,6	.	.	2 101,3	
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 161,8	1 210,6	.	.	1 399,6	1 294,3	.	.	1 551,0	
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	237,0	231,4	.	.	237,6	240,7	.	.	310,8	
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	17,9	22,1	.	.	21,9	36,2	.	.	23,2	
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	151,2	180,6	.	.	211,7	123,4	.	.	216,4	
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	680,0	666,5	.	.	591,8	631,0	.	.	655,9	
*Umsatzsteuer	Mill. DM	442,1	396,2	.	.	293,3	351,4	.	.	340,8	
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	238,0	270,3	.	.	298,5	279,6	.	.	315,1	
*Bundessteuern	Mill. DM	131,0	130,8	.	.	160,4	105,9	.	.	153,7	
*Zölle	Mill. DM	0,1	0,0	.	.	0,0	0,0	.	.	0,0	
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	118,5	118,4	.	.	153,9	97,4	.	.	146,6	
*Landessteuern	Mill. DM	164,2	164,7	.	.	153,2	163,4	.	.	156,8	
*Vermögenssteuer	Mill. DM	30,9	27,6	.	.	28,8	25,3	.	.	29,1	
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	73,8	71,9	.	.	57,6	75,0	.	.	62,8	
*Biersteuer	Mill. DM	5,5	6,2	.	.	5,8	7,5	.	.	6,7	
*Gemeindesteuern	Mill. DM	261,0	267,5	.	.	263,5	291,1	
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,3	7,5	.	.	7,1	8,0	
*Grundsteuer B	Mill. DM	57,3	61,0	.	.	53,7	79,4	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	181,8	189,8	.	.	194,9	193,3	
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN											
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 202,7	1 211,5	.	.	1 308,2	1 179,0	.	.	1 424,4	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	601,3	628,8	.	.	729,0	643,3	.	.	808,4	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	452,2	436,6	.	.	387,6	413,3	.	.	429,6	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	18,2	15,3	.	.	31,1	16,6	.	.	32,7	
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 293,4	1 347,9	.	.	1 420,0	1 428,1	.	.	1 661,6	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	735,3	776,5	.	.	873,1	793,7	.	.	990,0	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	375,7	391,4	.	.	362,6	454,4	.	.	482,1	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	18,2	15,3	.	.	31,1	16,6	.	.	32,7	
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	455,2	473,7	.	.	702,0	472,7	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	145,4	159,3	.	.	132,6	160,2	
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	230,6	236,7	.	.	500,8	214,7	

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1983	1984	1984			1985				
			Monats- durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.		Nov.
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBEIT 1980 = 100										
Einfuhrpreise	115,8	122,8	125,5	124,7	125,5	123,0	119,6	118,7	...	
Ausfuhrpreise	112,3	116,2	117,5	117,5	117,6	119,5	119,0	118,7	...	
Grundstoffpreise ⁶⁾	115,2	121,2	123,0	122,6	123,0	121,3	118,8	117,9	...	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	115,8	119,2	120,3	120,3	120,4	122,1	121,9	121,9	...	
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	108,2	106,9	106,7	106,0	105,7	102,7	p 101,0	p 102,4	...	
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	111,2	114,0	.	114,2	.	.	.	114,9	...	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	113,8	116,1	115,4	115,2	115,3	114,1	113,5	p 113,9	...	
Einzelhandelspreise	113,2	115,6	115,7	115,9	116,0	117,3	117,3	117,8	117,8	
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	115,6	118,4	119,0	119,2	119,3	120,9	121,1	121,3	121,4	
darunter für										
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	114,3	116,0	115,0	115,2	115,3	116,2	115,9	116,1	116,4	
Bekleidung, Schuhe	113,0	115,7	116,6	117,0	117,0	118,8	119,1	119,7	119,7	
Wohnungsmieten	115,6	120,0	121,5	121,9	122,1	124,5	124,7	124,8	125,0	
Energie (ohne Kraftstoffe)	124,5	128,8	132,0	130,9	131,1	134,3	133,4	134,5	132,3	
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	113,7	115,9	116,3	116,5	116,5	118,1	118,2	118,5	118,4	

LÖHNE UND GEHÄLTER
- Effektivverdienste in DM -

ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU

Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	671	686	690	.	.	.	712	.	.	.
darunter *Facharbeiter	697	713	719	.	.	.	745	.	.	.
*weibliche Arbeiter	454	467	470	.	.	.	485	.	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	435	446	449	.	.	.	463	.	.	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	16,34	16,69	16,78	.	.	.	17,26	.	.	.
darunter *Facharbeiter	17,07	17,45	17,56	.	.	.	18,10	.	.	.
*weibliche Arbeiter	11,43	11,72	11,81	.	.	.	12,26	.	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	10,97	11,23	11,32	.	.	.	11,73	.	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,9	41,0	41,1	.	.	.	41,2	.	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,6	39,8	39,8	.	.	.	39,6	.	.	.

ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE

in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 848	3 981	4 023	.	.	.	4 152	.	.	.
*weiblich	2 654	2 749	2 782	.	.	.	2 863	.	.	.
Technische Angestellte										
*männlich	3 995	4 114	4 172	.	.	.	4 305	.	.	.
*weiblich	2 602	2 692	2 732	.	.	.	2 795	.	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 185	3 265	3 283	.	.	.	3 389	.	.	.
*weiblich	2 125	2 217	2 249	.	.	.	2 318	.	.	.
Technische Angestellte										
männlich	3 179	3 255	3 305	.	.	.	3 423	.	.	.
weiblich	(1 914)	(2 178)	(2 233)	.	.	.	2 184	.	.	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 392	3 492	3 517	.	.	.	3 630	.	.	.
weiblich	2 270	2 363	2 397	.	.	.	2 470	.	.	.
Technische Angestellte										
männlich	3 925	4 042	4 102	.	.	.	4 225	.	.	.
weiblich	2 520	2 654	2 693	.	.	.	2 745	.	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern in "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite

4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslandsgästen
Mill. DM								in 1 000				
1980	18	19	7	1 107	6 137	2 837	863	4 964	2 976	238	22 748	522
1981	16	18	10	1 125	8 516	3 309	1 209	6 942	2 960	281	17 648	546
1982	13	15	10	1 140	8 132	3 486	1 185	6 709	2 888	276	16 949	502
1983	17	14	.	1 153	8 146	3 541	1 118	6 761	2 859	270	16 523	505
1984	12	16	.	1 170	10 081	4 158	1 176	8 526	2 832	278	16 328	498

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden				Sozialhilfe				Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw ⁴⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte	Spar-einlagen ⁵⁾ am 31. 12. in Mill. DM	insgesamt		Hilfe zum Lebensunterhalt		
									Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	
1980	1 129	20	968	56	17 684	523	22 904	13 928	658,3	213,2	61,0	49,7	
1981	1 149	24	983	56	17 427	521	22 492	13 693	735,9	242,1	56,4 ^{a)}	54,7	
1982	1 169	29	999	55	17 393	485	22 399	14 539	807,2	276,2	68,7	60,5	
1983	1 198	34	1 022	54	18 394	519	23 592	15 667	863,5	298,5	99,6 ^{a)}	62,0	
1984	1 229	37	1 049	54	17 659	442	22 515	16 231	927,9	330,1	...	64,8	

Jahr	Steuern ⁶⁾								Fundierte Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarkt-mittel
Mill. DM												
1980	4 530	4 762	1 825	2 352	5 382	3 443	1 397	468	815	9 065	2 610	2 028
1981	4 617	4 732	1 760	2 480	5 262	3 570	1 129	522	773	10 145	2 722	2 110
1982	4 578	4 859	1 749	2 443	5 342	3 737	979	471	746	11 434	2 843	2 205
1983	4 811	5 174	1 821	2 720	5 546	3 961	948	474	727	12 564	2 886	2 220
1984	4 846	5 391	1 895	2 666	5 787	4 116	926	473	759	13 768	2 949	2 252

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet 1980 = 100						Löhne und Gehälter					
	Erzeugerpreise ⁸⁾			Lebenshaltung aller privaten Haushalte	[Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel		öffentlicher Dienst			
	gewerblicher Produkte	landwirtschaftlicher Produkte	für Wohngebäude		Bruttowochenlohn	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
								kaufmännische Angestellte	technische Angestellte			
	DM											
1980	100	100	100	100	100	609	400	3 008	2 035	3 490	2 985	2 210
1981	107,8	106,0	105,9	106,3	104,8	633	420	3 178	2 158	3 642	3 111	2 302
1982	114,1	109,8	108,9	111,9	111,3	646	437	3 349	2 294	3 805	3 221	2 384
1983	115,8	108,2	111,2	115,6	114,3	671	454	3 392	2 270	3 925	3 284	2 442
1984	119,2	106,9	114,0	118,4	116,0	686	467	3 492	2 363	4 042	3 284	2 454

1) Errichtung neuer Gebäude 2) Bis 1980: in 156 Berichtsgemeinden, Fremdenverkehrsjahre (jeweils 1.10 bis 30.9.); ab 1981: in Schleswig-Holstein, nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, Kalenderjahre, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen; ab 1984: Ausländer einschließlich DDR
 3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) einschließlich mit Spezialaufbau 5) ohne Postspareinlagen 6) Quelle für staatliche Steuern: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
 a) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 9. 1985			Bevölkerungsveränderung im September 1985			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Dezember 1985 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	86 811	- 0,1	+ 0,2	- 48	- 47	- 95	34	-	42
KIEL	245 121	- 0,0	- 0,2	- 59	- 1	- 60	99	2	119
LÜBECK	210 754	- 0,0	- 0,7	- 50	- 37	- 87	94	1	102
NEUMÜNSTER	78 477	- 0,0	- 0,6	- 15	5	- 10	44	-	48
Dithmarschen	129 678	- 0,1	- 0,5	- 51	- 60	- 111	56	3	86
Hzgt. Lauenburg	157 941	- 0,1	+ 0,2	- 25	- 77	- 102	75	3	97
Nordfriesland	162 222	- 0,2	- 0,0	- 8	- 256	- 254	70	2	86
Ostholstein	195 785	- 0,1	+ 0,4	- 50	- 156	- 206	82	4	100
Pinneberg	260 235	+ 0,1	+ 0,3	- 14	169	155	126	2	164
Plön	118 000	- 0,4	+ 0,1	- 25	- 427	- 452	48	3	58
Rendsburg-Eckernförde	247 493	- 0,0	- 0,0	- 50	44	- 6	88	2	118
Schleswig-Flensburg	182 918	+ 0,0	+ 0,0	- 10	76	66	71	3	97
Segeberg	215 783	+ 0,1	+ 0,4	50	91	141	108	1	133
Steinburg	127 577	- 0,2	- 0,1	- 29	- 228	- 257	62	3	85
Stormarn	196 164	+ 0,1	+ 0,7	- 53	225	172	97	2	125
Schleswig-Holstein	2 614 959	- 0,0	+ 0,0	- 437	- 679	- 1 116	1 154	31	1 460

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1985		
	Betriebe am 31. 12. 1985	Beschäftigte am 31. 12. 1985	Umsatz ⁴⁾ im Dezember 1985 Mill. DM	insgesamt	PKW ⁵⁾	
					Anzahl	Je 1 000 Einwohner
FLensburg	69	8 712	206	34 634	30 952	356
KIEL	131	23 899	392	97 565	87 479	357
LÜBECK	139	21 492	355	83 730	75 096	356
NEUMÜNSTER	72	9 923	113	35 454	31 496	401
Dithmarschen	75	6 701	366	68 366	54 971	423
Hzgt. Lauenburg	91	7 810	113	77 489	66 889	424
Nordfriesland	55	2 992	69	80 847	65 414	403
Ostholstein	77	5 878	101	89 121	76 318	390
Pinneberg	183	19 852	292	126 399	110 214	424
Plön	46	2 564	37	58 255	49 058	416
Rendsburg-Eckernförde	122	10 088	151	122 863	102 913	416
Schleswig-Flensburg	88	5 026	122	94 646	76 914	421
Segeberg	168	15 164	260	117 700	101 220	470
Steinburg	80	8 952	200	64 068	52 366	410
Stormarn	144	16 532	382	97 570	85 777	438
Schleswig-Holstein	1 540	165 585	3 156	1 248 709	1 067 077	408

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 9. 1985 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 30. 6. 1985			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30.11.1985	Kurzarbeiter Monatsmitte November 1985	offene Stellen am 30. 11. 1985	Schweine insgesamt am 2. 8. 1985	Rindvieh am 3. 6. 1985	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 613,7	+ 4,8	- 0,1	118	8,6	2,5	1 840	1 652	507
Hamburg	1 585,9	- 11,6	- 0,9	89	6,6	2,9	8	14	3
Niedersachsen	7 203,5	+ 1,7	- 0,4	327	17,4	11,8	7 729	3 503	1 106
Bremen	663,4	- 8,2	- 1,2	40	2,6	1,4	9	23	5
Nordrhein-Westfalen	16 684,4	- 1,4	- 0,5	718	44,8	22,7	6 495	2 093	610
Hessen	5 530,6	+ 2,8	- 0,3	156	9,8	11,5	1 294	894	278
Rheinland-Pfalz	3 619,2	- 0,7	- 0,2	119	10,0	5,0	686	649	222
Baden-Württemberg	9 252,6	+ 4,0	+ 0,1	204	25,0	22,9	2 374	1 824	665
Bayern	10 961,0	+ 4,6	- 0,0	308	24,9	21,5	4 328	5 235	2 026
Saarland	1 048,3	- 6,4	- 0,3	52	6,4	1,5	48	72	23
Berlin (West)	1 852,7	- 12,7	+ 0,0	79	3,6	6,5	3	1	0
Bundesgebiet	61 015,3	+ 0,6	- 0,3	2 211	159,6	110,2	24 813	15 959	5 445

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾			Wohnungswesen im September 1985	
	Beschäftigte am 31. 10. 1985 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Oktober 1985		Beschäftigte am 30. 9. 1985		zum Bau genehmigte Wohnungen		
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	
		in %		in 1 000		in 1 000		
Schleswig-Holstein	168	3 365	19	41	16	775	3,0	
Hamburg	140	8 242	10	22	14	208	1,3	
Niedersachsen	645	13 553	32	116	16	1 702	2,4	
Bremen	76	2 126	37	11	17	83	1,3	
Nordrhein-Westfalen	1 962	38 969	29	233	14	5 201	3,1	
Hessen	623	10 224	29	90	16	1 887	3,4	
Rheinland-Pfalz	368	7 526	35	65	18	1 317	3,6	
Baden-Württemberg	1 410	25 024	32	180	19	4 164	4,5	
Bayern	1 332	21 925	32	241	22	5 343	4,9	
Saarland	141	2 590	33	17	16	232	2,2	
Berlin (West)	165	4 549	14	33	18	1 081	5,8	
Bundesgebiet	7 029	138 092	29	1 049	17	21 993	3,6	

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7. 1985			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Oktober 1985				Bestand an Spar- einlagen 7) am 31.10. 1985 in DM je Einw.	Steuereinnahmen			
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		31.10. 1985 in DM je Einw.	des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner									
	in 1 000			in 1 000			in DM je Einwohner					
Schleswig-Holstein	1 249	1 067	408	1 419	33	1 825	131	6 218	568	457	...	
Hamburg	661	593	374	924	16	1 137	125	9 505	956	3 960	...	
Niedersachsen	3 516	2 980	414	3 720	112	4 671	129	7 915	551	530	...	
Bremen	276	248	374	386	4	429	112	9 071	638	1 294	...	
Nordrhein-Westfalen	7 778	6 932	415	7 805	145	9 325	121	8 822	615	969	...	
Hessen	2 882	2 496	451	2 851	74	3 656	131	9 464	669	864	...	
Rheinland-Pfalz	1 922	1 614	446	1 849	46	2 402	132	8 874	549	602	...	
Baden-Württemberg	4 807	4 073	440	4 562	146	5 816	131	9 738	680	873	...	
Bayern	5 760	4 694	428	5 673	196	7 439	135	9 828	636	716	...	
Saarland	515	459	438	552	10	677	124	8 385	547	554	...	
Berlin (West)	724	637	344	1 158	10	1 399	122	8 339	514	1 812	...	
Bundesgebiet	30 191 ^a	25 845 ^a	424	30 899	792	38 776	128	8 983	625	904	...	

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte

4) ohne Bundespost und Bundesbahn 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

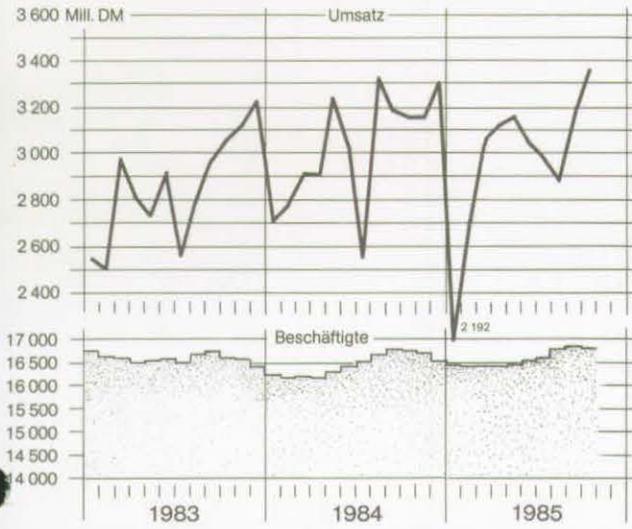
7) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

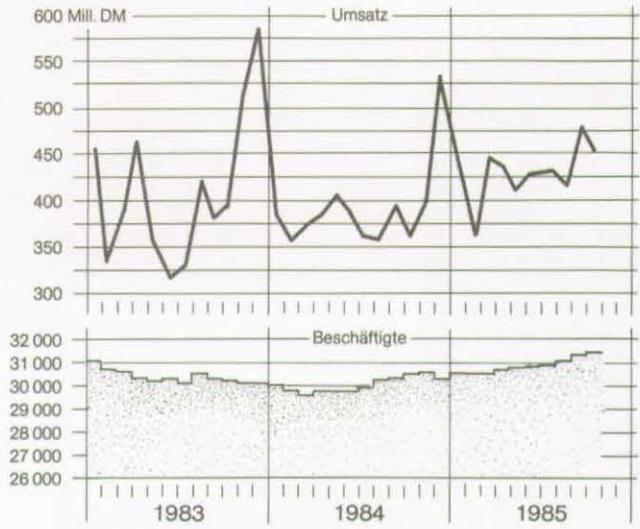
Entwicklung im Bild · B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit Teil A: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, natürliche Bevölkerungsbewegung, Wanderungsbewegung); Arbeitervdienste; Arbeitslose; Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet; Steuereinnahmen

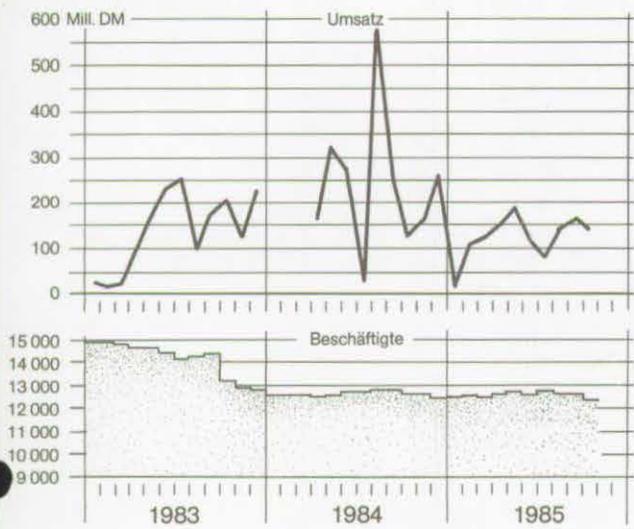
Verarbeitendes Gewerbe*



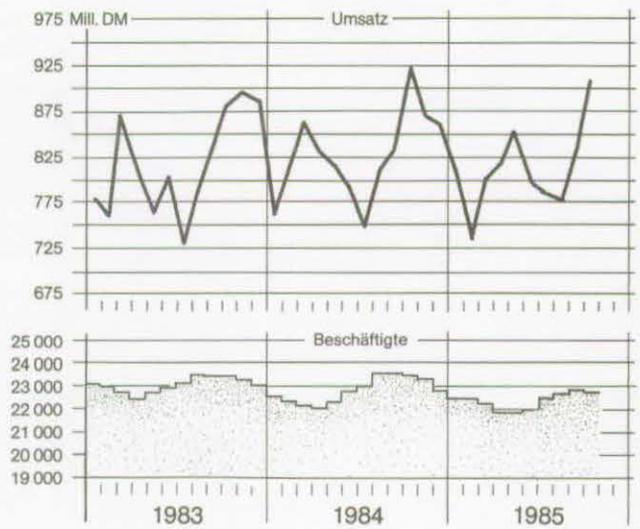
darunter Maschinenbau*



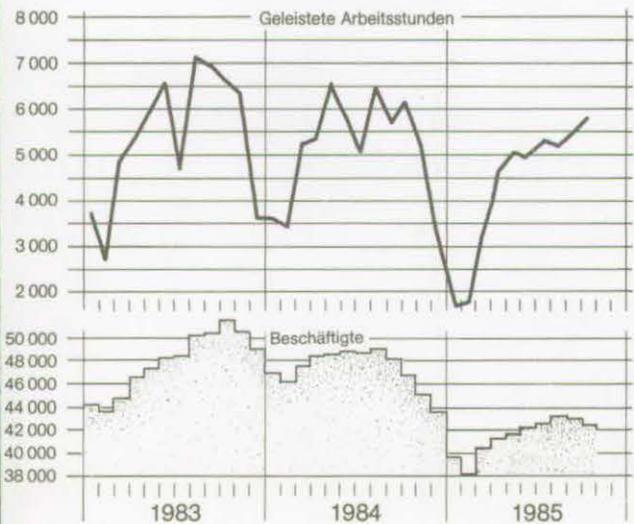
darunter Schiffbau*



darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe*



Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen



*Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 6 89 50
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -